



Kommunale Impulse für Nachhaltiges Wirtschaften



Deutsches Institut für Urbanistik



Difu-
Impulse

Deutscher Städtetag und Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)

Kommunale Impulse für Nachhaltiges Wirtschaften

Impressum

Herausgeber:

Deutscher Städtetag (DST) und Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu)

Autoren:

Arbeitskreis »Nachhaltiges Wirtschaften« des DST (siehe Seite 17)

Dipl. Volksw. Barbara Leutner (DST)

Marco Peters, M.A. (Difu)

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler (Difu)

Redaktion:

Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann

Grafik und Layout:

Sigrid Künzel

Hinweis: Nur zur einfacheren Lesbarkeit verzichten wir darauf, stets männliche und weibliche Schreibweisen zu verwenden.

Dieser Band ist auf 100-prozentigem Recyclingpapier gedruckt.

Schutzgebühr: 15 Euro

ISBN 978-3-88118-538-7

© Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH, Berlin 2015

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15, D-10969 Berlin
Auf dem Hunnenrücken 3, D-50668 Köln

Telefon: +49 30 39001-0/+49 221 349308-0
E-Mail: difu@difu.de
Internet: www.difu.de

Inhalt

1.	Einleitung	5
2.	Chancen und Potenziale nachhaltiger Wirtschaftsförderung	7
2.1	Nachhaltiges Wirtschaften und Wirtschaftsförderung	7
2.1.1	Aktuelle Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Kommune	8
2.1.2	Die Rolle der Wirtschaftsförderung im ökologischen Strukturwandel	8
2.2	Interessenbündelung von Umweltverwaltung und Wirtschaftsförderung	13
2.2.1	Beiträge der Umweltressorts zur nachhaltigen Wirtschaftsförderung	14
2.3	Handlungsempfehlungen für Kommunen	15
2.4	Empfehlungen an Bund und Länder	16
	Arbeitskreis „Nachhaltiges Wirtschaften“ des Deutschen Städtetages	17
3.	Kommunale Beispiele als Impulse für Nachhaltiges Wirtschaften	18
3.1	Mobilität und Verkehr	19
3.1.1	<i>Pedelec-Testwochen für Betriebe</i> (Stadt Aachen)	19
3.1.2	<i>Mobilitätsmanagement für Unternehmen</i> (Landeshauptstadt Dresden)	20
3.1.3	<i>erster! Das Handwerk fährt emobil</i> (Stadt Frankfurt und Landeshauptstadt Wiesbaden) .	21
3.1.4	<i>Stadtverträgliche Lkw-Navigation</i> (Metropolregion Ruhr)	23
3.1.5	<i>Betriebliches Mobilitätsmanagement</i> (Landeshauptstadt München)	25
3.2	Energie- und Ressourceneffizienz	28
3.2.1	<i>e+haus – Gebäude energetisch modernisieren</i> (Stadt Augsburg)	28
3.2.2	<i>Initiative Effizienz</i> (Stadt Dortmund)	29
3.2.3	<i>Masterplan Energiewende</i> (Stadt Dortmund)	31
3.2.4	<i>Nachhaltige Energienutzung in Gewerbegebieten</i> (Stadt Duisburg)	32
3.2.5	<i>klima werk stadt essen</i> (Stadt Essen)	34
3.2.6	<i>Energieeffizienz-Netzwerk der Klima-Allianz Hannover 2020</i> (Landeshauptstadt Hannover)	35
3.2.7	<i>Energieeffizienz in Kieler Unternehmen</i> (Landeshauptstadt Kiel)	36
3.2.8	<i>KLIMAWERK.Partner</i> (Hansestadt Lüneburg, Landkreise Lüneburg und Harburg)	37
3.2.9	<i>Energieeffizienz im Gewerbe</i> (Landeshauptstadt München)	39
3.2.10	<i>green.economy.nuernberg</i> (Stadt Nürnberg)	40
3.2.11	<i>Energie für Geisweid</i> (Stadt Siegen)	42
3.2.12	<i>Neue Effizienz</i> (Bergisches Städtedreieck)	43
3.3	Soziale Aspekte	46
3.3.1	<i>Nachhaltige Schülerfirmen</i> (Landeshauptstadt Hannover)	46
3.3.2	<i>Fairtrade-Town</i> (Stadt Ingolstadt)	47
3.3.3	<i>SIA – Stuttgarts Innovative Arbeitgeber</i> (Landeshauptstadt Stuttgart)	48

3.4.	Stoffkreislauf- und Flächenmanagement	51
3.4.1	<i>Cradle-to-Cradle Business Innovation and Improvement Zones</i> (Stadt Bielefeld)	51
3.4.2	<i>foodRegio – Reststoffverwertung</i> (Hansestadt Lübeck)	53
3.4.3	<i>Flächenentwicklungsmanagement COBRAMAN</i> (Landeshauptstadt Stuttgart)	54
3.5.	Übergreifende Strategien	56
3.5.1	<i>initiative umwelt unternehmen</i> (Freie Hansestadt Bremen)	56
3.5.2	<i>Nachhaltiges Celle</i> (Stadt Celle)	58
3.5.3	<i>Umweltstammtisch</i> (Stadt Gladbeck)	60
3.5.4	<i>Nachhaltiges Wirtschaften für kleine und mittlere Unternehmen</i> (Stadt Heidelberg) ...	61
3.5.5	<i>Münsters Allianz für Klimaschutz</i> (Stadt Münster)	63
4.	Tipps zum Weiterlesen	65

1. Einleitung

„Ein ungebremster Klimawandel kostet uns 2050 bis zu 20 Prozent des weltweiten Bruttosozialprodukts“, so hat es Nikolas Stern, der ehemalige Chefökonom der Weltbank, auf den Punkt gebracht. Spätestens mit dieser Vorhersage zu den wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels wird deutlich, dass wirtschaftliches Wachstum heutiger Prägung an seine Grenzen stößt. Nicht nur der Klimawandel in Folge ungebremsten Energiekonsums und seine Auswirkungen, sondern auch die weiterhin steigenden Umweltbelastungen sowie Rohstoffverbrauch und deren finanzielle Konsequenzen erfordern gleichermaßen aus ökologischen wie ökonomischen Gründen ein Umdenken und letztlich einen Strukturwandel zu nachhaltigem Wirtschaften. Neben eher betriebswirtschaftlichen Faktoren ist angesichts der Energiewende und dem Energiekonzept der Bundesregierung, das u.a. das Ziel verfolgt, Energieversorgung in Deutschland bis 2050 überwiegend durch erneuerbare Energien zu sichern, eine Änderung der bisherigen Produktionsweisen erforderlich.

Obwohl nachhaltiges Wirtschaften bzw. Green Economy inzwischen in aller Munde ist, gibt es kaum trennscharfe Abgrenzungen bzw. Definitionen. Festgehalten werden kann, dass unter nachhaltigem Wirtschaften drei Dimensionen und ihre Wechselwirkungen verstanden werden: Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt sollen eine sozial und ökologisch positive wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

Dabei sind die Vorteile einer ökologisch verträglichen, sozialverantwortlichen und wirtschaftlich tragfähigen Vorgehensweise bedeutend. Der effiziente Umgang mit Ressourcen führt zur Reduzierung von kostenträchtigen Rohstoffimporten. Es entstehen starke Märkte für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen, die auch international gefragt sind; Umweltinnovationen und -technologien werden zum Markenzeichen. Der Prozentanteil der Umwelttechnologien am Bruttoinlandsprodukt wächst jährlich und zeigt damit große ökonomische Chancen auf. Neben dem Export von Umweltgütern können durch zusätzliche Energieeffizienzmaßnahmen neue Arbeitsplätze geschaffen und Energiekosten eingespart werden. Untersuchungen belegen, dass die Marktentwicklungen und -potenziale auf den wichtigsten Märkten des nachhaltigen Wirtschaftens positiv verlaufen. Sie weisen ein hohes Wachstumspotenzial und relativ hohe Marktvolumina auf. Von dieser Entwicklung können nicht nur große Industrieunternehmen profitieren – auch Mittelstand und Handwerk orientieren sich zunehmend an ökologischen Rahmenbedingungen und bieten in großer Vielfalt umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen an.

Mit seiner Aussage hat Nikolas Stern gleichzeitig zwei Themenbereiche miteinander verbunden, die bisher oft in Konkurrenz zueinander standen: Wirtschaft und Umwelt. Vorsorgender Umweltschutz und Innovation im Bereich Ökonomie können sich gut ergänzen. Alle staatlichen Ebenen sind aufgerufen, gemeinsam Lösungen zu finden, um die umwelt-, aber auch betriebs- bzw. volkswirtschaftliche Zukunft zu sichern.

Städte und ihre Wirtschaftsfördereinrichtungen, die Mittler der Unternehmen vor Ort sind, müssen diese Entwicklungen aufnehmen und den Prozess hin zu einer zukunftsfähigen innovativen wirtschaftlichen Entwicklung aktiv unterstützen, um den Standort zu stärken. Sie können auch Koordinator vor Ort sein, das Zusammenwirken von Umwelt und Wirtschaft fördern und die bisherige Konkurrenz von Ökonomie und Ökologie aufheben.

Diese Publikation will hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten und Impulse für nachhaltig orientiertes Wirtschaften in den Städten geben. Der Beitrag „Chancen und Potenziale nachhaltiger Wirtschaftspolitik“ zeigt auf, wie kommunale Wirtschaftsfördereinrichtungen oder Umweltämter – oft auch in erfolgreicher Zusammenarbeit – ihre Unternehmen vor Ort beim anstehenden Strukturwandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung unterstützen können. Er macht aber auch die Win-win-Situation für die kommunalen Akteure „Umwelt“ und „Wirtschaft“ deutlich, wenn es gelingt, zu kooperieren und gemeinsam zu agieren. Der Beitrag selbst ist ein gutes Beispiel, wie

interdisziplinäre Zusammenarbeit in den Städten funktionieren kann: Kommunale Mitarbeiter aus den Bereichen Umwelt, Wirtschaftsförderung und Energiemanagement haben ihn in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe verfasst.

Nachahmenswerte Beispiele für solche gelungenen Kooperationen zwischen unterschiedlichen kommunalen Ressorts und der lokalen Wirtschaft werden in der vorliegenden Publikation dargestellt. Ziel ist es dabei, die Vielfalt der Möglichkeiten einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in Kommunen aufzuzeigen und dadurch Motivation sowie Anregung für weitere kommunale Initiativen zu schaffen.

Wenn nachhaltiges Wirtschaften erfolgreich sein will, dann braucht es allerdings auch die kontinuierliche Unterstützung und Förderung durch EU, Bund, Länder und Kommunen. Ein sachgerechter regulatorischer Rahmen mit Handlungsspielräumen ist ebenso hilfreich für nachhaltiges Wirtschaften wie gezielte direkte und indirekte Förderprogramme. Gerade den Kommunen kommt eine besondere Bedeutung als Besteller und Nachfrager nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen zu; daher engagieren sich die Kommunen für eine nachhaltige Beschaffung und die Berücksichtigung ökologischer sowie sozialer Kriterien bei der Vergabe.

Es bedarf jedoch auch des Schulterschlusses zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Dabei ist es nicht nur bei der Schaffung von Netzwerkstrukturen erforderlich, einzelne Fachpolitiken inhaltlich und organisatorisch zu verzahnen, um Doppelstrukturen zu vermeiden.

2. Chancen und Potenziale nachhaltiger Wirtschaftsförderung

Mit dem Papier „Chancen und Potenziale nachhaltiger Wirtschaftsförderung“ (Autoren des Arbeitskreises „Nachhaltiges Wirtschaften“ des DST siehe Seite 17) ist einerseits das Ziel verbunden, für die kommunale Wirtschaftsförderung darzulegen, wie sie ihre Unternehmen vor Ort beim anstehenden Strukturwandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung unterstützen kann. Andererseits geht es darum, die Schnittmenge zwischen kommunaler Wirtschaftsförderung und kommunalen Umweltämtern auszuloten und zu erreichen, dass beide Bereiche im Rahmen dieser gemeinsamen Ziele und Interessen aktiv kooperieren. Hieraus können sich gemeinsames Handeln und zahlreiche Ansätze, Maßnahmen und Projekte ergeben, in denen eine sinnvolle und effiziente Zusammenarbeit im Interesse gesamtstädtischer Zielsetzungen erfolgen kann. Gleichzeitig soll diese Veröffentlichung durch die Darstellung von Best Practice den Kommunen die Möglichkeit eröffnen, von den Erfahrungen anderer Kommunen zu profitieren.

2.1 Nachhaltiges Wirtschaften und Wirtschaftsförderung

Nachhaltiges Wirtschaften bezeichnet generell die Schaffung zukunftsfähiger betriebs- und volkswirtschaftlicher Strukturen und deren langfristige Sicherung. Diese geht einher mit der Verbindung von Ökonomie, Ökologie und sozialen Rahmenbedingungen und umfasst in der Regel die umweltgerechte und ressourcensparende Produktion, die Sicherung der Innovationsfähigkeit, die sozialgerechte Beschäftigung, Transparenz und Information über Produkte und Prozesse. Die Wirtschaftsförderung als Moderator, Koordinator und Ansprechpartner für die Wirtschaft konzentriert sich primär auf die Herausforderungen, die sich für die Unternehmen aus dem Zusammenwirken von ökonomischen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten ergeben.

Die Berücksichtigung dieser drei Faktoren wird angesichts geänderter Rahmenbedingungen und Herausforderungen für die wirtschaftliche Entwicklung immer entscheidender. So sind Städte und Unternehmen mit den internationalen Beschlüssen zum Klimaschutz und den umweltpolitischen EU-Zielen und -Vorgaben stärker als bisher dem Umwelt- und Klimaschutz verpflichtet. Zudem erfordern die mit der Begrenztheit natürlicher Ressourcen verbundenen Preissteigerungen für Rohstoffe und Energie auch aus ökonomischer Sicht ein Umdenken in den Unternehmen hin zu einer nachhaltigen Produktion, so dass Unternehmen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit durch Verbesserung der Ressourcen- und Energieeffizienz erhalten und steigern können. Gleichzeitig eröffnen sich Chancen für Investitionen z.B. in erneuerbare Energien u.a. durch die „Energiewende“ der Bundesregierung. Angesichts dieser Veränderungen haben Unternehmen die Potenziale erkannt, die sich im Wettbewerb ergeben, so z.B. durch umwelt- und ressourcensparende Produktion oder durch Entwicklung neuer zukunftsorientierter Geschäftsfelder. Umwelttechnik und Ressourceneffizienz haben sich in Deutschland zu wichtigen Wirtschaftsfaktoren entwickelt, von denen die gesamte Wirtschaft profitieren kann: Betroffen sind nicht nur die industriellen, sondern auch die gewerblichen Unternehmen, der Handel und die Dienstleistungswirtschaft. Energie und Klimaschutz stellen sich so als Querschnittsthema dar, das alle Unternehmen gleichermaßen betrifft.

Um diese Veränderungen zu unterstützen und den Wirtschaftsstandort auch künftig zu sichern, sind die Städte gefordert, ansiedlungsnah und ansässige Unternehmen in dieser Entwicklung aktiv zu unterstützen.

2.1.1 Aktuelle Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Kommune

Die Unternehmen stehen vor einem erheblichen technologischen und ökonomischen Strukturwandel. Durch die zunehmende weltwirtschaftliche Verflechtung von Rohstoff- und Kapitalmärkten und die Herausforderungen infolge des Klimawandels sind sie z.B. gefordert, neue Wertschöpfungsketten und/oder innovative Dienstleistungsmärkte zu entwickeln, die auf die Nachhaltigkeit ihrer Produkte und Prozesse abzielen. Über die benannten Rahmenbedingungen hinaus müssen sich Unternehmen mit weiteren, auch sozialen Veränderungen auseinandersetzen. So führt u.a. der demografische Wandel zu einer Veränderung der Mitarbeiter- und Fachkräftestruktur, die für Unternehmen im Hinblick auf die Sicherung ihres eigenen Arbeitskräftebedarfs sowie die Personalpolitik ein bedeutendes Handlungsfeld darstellt.

2.1.2 Die Rolle der Wirtschaftsförderung im ökologischen Strukturwandel

Entsprechend sind die Wirtschaftsfördereinrichtungen aufgefordert, die Potenziale, die sich aus den Aspekten Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, Energieeffizienz und Ressourcenschonung ergeben, bei der Ausrichtung der Wirtschaftsförderung stärker zu berücksichtigen und in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten zu stellen.

Aus Sicht der Wirtschaft lassen sich dabei drei wesentliche Themen- bzw. Arbeitsbereiche ableiten:

- Standortsicherung auch im Hinblick auf Umweltqualitätsziele und ihre gesetzlichen Anforderungen;
- Produkte und Projekte für neue Märkte (u.a. für Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien im Sinne des Klimaschutzes);
- nachhaltige Prozesse (Berücksichtigung von Energieeffizienz und Ressourcenschonung).

Diese Themenfelder werden von Wirtschaftsförderungseinrichtungen derzeit aktiv angegangen. Die städtischen Umweltressorts nehmen entsprechend ihrer originären Aufgaben bereits Beratungs-, Regulierungs- und Steuerungsfunktionen wahr. Um ihren gemeinsamen Beitrag zur Lösung der beschriebenen komplexen Herausforderungen einbringen zu können, müssen Wirtschaftsförderung und Umweltressorts zunehmend als integrativer Bestandteil in den Kommunen auftreten. Darüber hinaus sind idealerweise weitere Akteure in die Prozesse einzubeziehen, z.B.:

- Stadtwerke und kommunale Unternehmen;
- private Unternehmen;
- Verbände/Interessenvertretungen;
- Hochschulen, Forschungseinrichtungen;
- Verbraucher/innen, Bürger/innen.

Kommunale Wirtschaftsfördereinrichtungen nehmen wichtige Vermittlungsfunktionen zwischen den Fachverwaltungen innerhalb der Kommunen einerseits und zwischen der Wirtschaft und den Kommunen andererseits wahr. Vor diesem Hintergrund haben sie eine Reihe von Instrumenten entwickelt, die an diesen Schnittstellen eingesetzt werden. Wirtschaftsförderung versteht sich hierbei mehr und mehr als Standortmanagement, das den gesamten Wirtschaftsstandort betrachtet und einen wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes leistet. Die Instrumente dienen im Allgemeinen der Information, der Kommunikation und Moderation. Beispielfhaft seien genannt: Informationsbeschaffung und -analyse zum Wirtschaftsstandort, allgemeine Netzwerkarbeit, die Unterstützung wirtschaftsrelevanter Zukunftsbranchen sowie die Begleitung von Investitionsvorhaben bis hin zu konkreten Beratungsangeboten.

Die Wirtschaftsförderung kann Unternehmen zur Realisierung entsprechender Projekte und zur Unterstützung dieser Entwicklungen verschiedene Angebote unterbreiten. Zunächst agiert sie als Trendscout: Gemeinsam mit innovativen Institutionen wie Hochschulen und Forschungseinrichtungen identifiziert sie nachhaltige Zukunftsmärkte. Durch Veranstaltungen für Unternehmen informiert sie über aktuelle Trends und bietet so Plattformen, die den unterschiedlichen Akteuren einen Austausch über gemeinsame Entwicklungen für diese ermöglichen. Als Moderatorin baut sie Netzwerke von Unternehmen und Entwicklern auf, aus denen innovative Projekte und Produkte für die Zukunftsmärkte entstehen. Entsprechend werden Leistungen von der allgemeinen Beratung bis hin zu individuell sehr konkreten Leistungen z.B. im produktionsintegrierten Umweltschutz angeboten.

Die Serviceangebote richten sich auch nach innen in die Verwaltungen. Sie können darin bestehen, Informationen über Branchen- und Beschäftigungsentwicklung in den Umweltbranchen aufzubereiten und an die Fachdienststellen zu vermitteln. Dies ist wichtig, da Fachverwaltungen oft nur ihren sektoralen Teil wahrnehmen und wirtschaftliche Entwicklungen und Denkweisen in ihren Arbeitsfeldern selbst oftmals nicht berücksichtigen müssen. Zudem kann die Wirtschaftsförderung ihre Schnittstellenkompetenz nutzen, indem sie die Fachdienststellen, die sich mit unterschiedlichen Aspekten des Nachhaltigen Wirtschaftens auseinandersetzen, aber oft wenig Berührungspunkte miteinander haben, zusammenführt. Strategische Handlungsempfehlungen und ein koordiniertes Vorgehen können hier zu mehr Effizienz führen.

Wichtige Angebote bestehen bspw. in der Durchführung Runder Tische, in deren Rahmen Interessenkonflikte aufgedeckt und strittige Fragen zwischen den Fachbereichen rasch geklärt werden können.

2.1.2.1 Ökologischer Strukturwandel und neue Märkte

Der ökologische Strukturwandel zeichnet sich bereits in der Wirtschaft ab und spiegelt sich in der „Energiewende“ der Bundesregierung wider. Damit öffnen sich für einzelne Unternehmen bzw. Unternehmenszweige Chancen für neue Produkte und Dienstleistungen, z.B. für umweltfreundliche Energieversorgung und Energiespeicherung, Energie-, Material- und Rohstoffeffizienz, Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Wasserwirtschaft oder Mobilität.

Eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftsförderung ist die Unterstützung von Unternehmen beim Zugang zu Märkten. Dass das Thema Nachhaltigkeit in der Wirtschaft mehr und mehr Bedeutung erhält, liegt an der Entstehung neuer Märkte wie der Elektromobilität sowie an der wachsenden Bedeutung von Energie- und Ressourceneffizienz. Die Veränderung der Energiepolitik in der Folge der Katastrophe von Fukushima sowie die Herausforderungen des Klimawandels sind hierfür eindrucksvolle Beispiele. Industrie, Handel, Gewerbe und Handwerk müssen innovative Technologien und Dienstleistungen für diese Märkte entwickeln und sich dort positionieren. Beispielhaft seien hier genannt:

Weiterentwickelte Technologien und Produkte für:

- energieeffizientes Bauen: z.B. LED-Technik für Gewerbeimmobilien, Passivhaus, Gebäudeleittechnik;
- Materialeffizienz: z.B. leichte Werkstoffe für Elektroautos;
- nachhaltige Produktentwicklung: z.B. Recycling-Ketten im Produktdesign;
- Verknüpfung diverser Technologien bzw. Branchen in neuen Märkten: z.B. Simulation Cross-Clustering von Produktion/IT/Design.

Erweiterte Dienstleistungsangebote für:

- Bauindustrie: z.B. Effizienzberatung für Endkunden;
- Handwerk: z.B. diverse Beratungsangebote rund ums Bauen;
- Versicherungsbranche: z.B. neue Klimaschutzpolice;
- Energiewirtschaft: z.B. Förderberatung für Kunden (energetische Gebäudesanierung);
- Handel: z.B. „Fairer Handel“ zur Neukundengewinnung.

2.1.2.2 Ökologischer Strukturwandel und Prozesse

Die Betrachtung der Nachhaltigkeit von Prozessen in der Wirtschaft erstreckt sich im Wesentlichen auf folgende Teilbereiche:

- *Informationen zu Zukunftstrends*

Wirtschaftsfördereinrichtungen und Umweltressorts sammeln und bündeln Informationen zu übergeordneten Trends (z.B. demografischer Wandel, Klimawandel, Ressourceneffizienz) und leisten einen Beitrag z.B. durch eigene Informationsangebote oder aber durch Veranstaltungen mit dem Ziel der Beratung und/oder der Netzwerkbildung für potenzielle Partner aus Wirtschaft, Verbänden und Kammern oder der Wissenschaft.

- *Forschung, Entwicklung, Transfer*

Da sich Produkte und Dienstleistungen – die z.B. einem optimierten Ressourcenschutz Rechnung tragen – über kurz oder lang zwangsläufig durchsetzen, kommt einer gezielten Forschungs- und Entwicklungspolitik in den Unternehmen eine große Bedeutung zu. Hierbei sind Transferprojekte, insbesondere zwischen öffentlicher Forschung in Hochschulen sowie Forschungseinrichtungen und oft kleinen und mittelständischen Unternehmen, ebenso wie die o.g. Netzwerkpflge gezielt zu fördern.

- *Prozessoptimierung in Produktion und bei Dienstleistungen*

Im Rahmen aktiver Bestandsentwicklung unterstützen Einrichtungen der Wirtschaftsförderung Prozesse und Verfahren, um die Kosten- und Ressourceneinsätze des betrieblichen Handelns und in der Produktion von Unternehmen zu verringern. Ein gutes Beispiel sind die zum Teil bundesweit durchgeführten ÖKOPROFIT®-Verfahren. Die Vermittlung qualifizierter Berater und der Verweis auf (öffentliche) Finanzierungs- und Förderprogramme sind sinnvolle und notwendige Ergänzungen.

- *Betriebliches Mobilitätsmanagement*

Die Sicherung und Verbesserung der Mobilität von Menschen und Gütern erfordert eine nachhaltige Logistik. Gleichzeitig bestehen große Chancen, durch die Optimierung der Logistikprozesse einen erheblichen Beitrag zur Emissionsminderung, zum Klimaschutz und zur Ressourcenschonung zu leisten. Effizienzsteigerungen lassen sich z.B. durch Bündelung von Touren, IT-basierte Steuerung oder die Modernisierung von Fuhrparks und Gebäuden erreichen.

- *Arbeitsmarkt und Beschäftigungsförderung*

Der globale Trend zur Nachhaltigkeit von Produkten und Prozessen erfordert eine gezielte Qualifizierung von Menschen. Dies beginnt im schulischen Aufgreifen entsprechender Themen einschließlich der Vermittlung technischer Fertigkeiten und von Wissen im Sinne der MINT-Förderung, setzt sich fort über die Anpassung und Erweiterung der Berufsbilder in der Erstausbildung oder im Studium und endet in der gezielten Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Im Sinne aktiver Bestandsentwicklung thematisiert die Wirtschaftsförderung Fragen der

Personalentwicklung. Dabei sind insbesondere auch die kleinen und mittleren Unternehmen und hier vor allem das Handwerk zu unterstützen.

■ *Soziale Verantwortung*

Im Selbstverständnis und der Außendarstellung von Unternehmen spielt das Thema „Soziale Verantwortung“ eine immer wichtigere Rolle. Dazu gehören interne Ansätze zur Steigerung der Mitarbeiterzufriedenheit, aber auch externe Kooperationen mit gemeinnützigen Einrichtungen. Letztere reichen von Geld- und Sachspenden über freiwillige Aktionstage bis hin zu festen Kooperationen im sozialen Bereich (z.B. zur Integration Benachteiligter in das Berufsleben) oder auch im Natur- und Artenschutz (z.B. Baumpflanzungen oder Nistkasten-Spenden). Hier können Wirtschaftsfördereinrichtungen und Umweltämter in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachämtern des Sozial- und Kulturbereichs sowie dem Agenda-Büro im Rahmen von Kooperationsprojekten zum Nachhaltigen Wirtschaften oder Aktionstagen (Freiwilligen-Tag, „Marktplatz der guten Geschäfte“) als Makler auftreten und – nach dem Motto „tue Gutes und rede darüber“ – über eine gezielte Pressearbeit zur Imageverbesserung der Stadt als Akteur und Unternehmensstandort beitragen.

2.1.2.3 Serviceleistungen der Wirtschaftsförderung

Die Instrumente zur Förderung nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen können in folgenden fachlichen Blöcken zusammengeführt werden:

- Förderung und Finanzierung: Innovations- und Strukturförderung durch EU, Bund, Länder (wie EFRE oder ZIM), Unterstützung bei der Beschaffung von Venture Capital, Durchführung von Wettbewerben (ZIEL 2, Gründungswettbewerbe, Best Practice u.a.), Etablierung Sponsoring für Nachhaltigkeitsprojekte.
- Flächen und Immobilien: Flächen nachhaltig entwickeln, Optimierung bestehender Gewerbeimmobilien z.B. durch Energiekonzepte für Gewerbegebiete, durch Sanierungs- und Schmutzwasserkonzepte, innovative Konzepte für neue Immobilien (Passivhausstandard, Zertifizierung DGNB etc.).
- Personal und Fachkräfte: Entwicklung innovativer Personalentwicklungskonzepte und Weiterbildungen wie z.B. zertifizierte Energieberater, Kompetenzen verschiedener Gewerke bündeln, Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern etc.
- Gründungen: in neuen Märkten forcieren, z.B. Beratungsleistungen für nachhaltiges Planen.
- Sie unterstützen Netzworkebildung von innovativen nachhaltigen Produkten oder Prozessen.

Im Mittelpunkt steht das Interesse des jeweiligen Unternehmens – ob Großkonzern oder Kleinunternehmen, ob Dienstleister, Produzent oder Handwerker. Serviceeinrichtungen stellen eine zentrale Anlaufstelle für alle Anliegen von Unternehmen dar. Bestehende und ansiedlungswillige Unternehmen werden bei der Expansion bzw. der Standortsicherung begleitet. Sie beraten bei Fördermittelfragen und bei der Standortsuche mit einer umfassenden Übersicht über verfügbare Büroimmobilien sowie über städtische wie private Gewerbe- und Industrieflächen. Die Organisation von diversen themenspezifischen Veranstaltungen und Netzwerken für Unternehmen und weitere wirtschaftsrelevante Akteure wie etwa die Wissenschaftseinrichtungen zählen ebenfalls zu den Serviceangeboten. Im Rahmen der Serviceleistungen verstehen sich die Wirtschaftsfördereinrichtungen als Impulsgeber und Moderator. Aufgrund der vielfältigen wirtschaftlichen Fragestellungen sollten von den Wirtschaftsfördereinrichtungen deren spezifische Serviceangebote eindeutig benannt und verständlich kommuniziert werden. Oftmals sind diese Dienstleistungsangebote in der Verwaltung selbst kaum bekannt. Hier gilt es, über eine bessere Kommunikation zwischen den Fachbereichen der Verwaltung die Angebote im Einzelnen bekannt zu machen und dafür zu werben, diese zu unterstützen oder auch mitzunutzen.

Im Wesentlichen lassen sich die Serviceangebote in folgende Bereiche gliedern:

Lotse im formalen Verfahren (Baugenehmigungen, Zulassungen, immissionsschutzrechtliche Genehmigungen u.a.):

- Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung, Unterstützung bei Beteiligungsverfahren;
- Runde Tische;
- Verfahrensberatung, Verfahrensguide, einheitliche Ansprechpartner;
- Nachhaltigkeitsberatung.

Informationstransfer zu:

- Fördersystemen EU, Bund, Land, Kommunen, Banken;
- Umwelttechnologien und -trends;
- regionaler Innovation;
- Beratung zur Gewerbeansiedlung.

Netzwerke: Zu betrachten sind vorrangig Bereiche der Netzwerkarbeit, die durch angemessene Lobbyarbeit (Politik, Verbände, Deutscher Städtetag ...) flankiert werden:

- branchenübergreifende Unternehmensnetzwerke (z.B. Bau & Handwerk, Mikrotechnik & Produktion, IT & Gesundheitswirtschaft, Green IT ...);
- Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft;
- stadtinterne Netzwerke mit z.B. Umwelt- und Planungsamt sowie Stadttöchtern;
- (über)regionale Netzwerke (z.B. INTERREG ...);
- Beratung zu Umweltmanagementsystemen.

Wirtschaftsfördereinrichtungen haben im Vergleich zu den klassischen Ressorts einer Kommune oftmals das Standortmarketing als eigenes Arbeitsfeld. Es dient in der Regel zur Profilierung und Positionierung des Wirtschaftsstandortes, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes zu erhalten und weiter zu entwickeln. Darüber hinaus gehört zum Standortmarketing auch die Darstellung der Umweltqualitäten eines Standorts (Luft- und Wasserqualität, Grünflächen etc.). Zugleich ist eine Kommunikationsstrategie, die Nachhaltigkeit als entscheidenden Zukunftstrend darstellt, von enormer Bedeutung. Mit entsprechenden Kernbotschaften – „Nachhaltigkeitstrend ist unumkehrbar und zukunftsweisend und eröffnet zahlreiche Chancen für Beschäftigung und Fachkräftesicherung“ – können Veränderungsprozesse eingeleitet werden. Zuletzt ist das Selbstmarketing als nachhaltiger Standort aktiv als Instrument einzusetzen. Allerdings ist es sinnvoll, bei allen Handlungsfeldern des Marketings eine vorherige Abstimmung mit den Umweltressorts durchzuführen.

2.2 Interessenbündelung von Umweltverwaltung und Wirtschaftsförderung

Bislang gibt es in den Kommunalverwaltungen für die Arbeitsbereiche Wirtschaft und Umwelt eine relativ klare Abgrenzung, im Extremfall können deren Projekte und Maßnahmen sogar gegenläufig sein. Die Wirtschaftsfördereinrichtungen unterstützen im Interesse der Sicherung bestehender und der Schaffung neuer Arbeitsplätze die ortsansässigen bzw. ansiedlungsinteressierten Unternehmen. Sie nehmen damit eine koordinierende und moderierende Querschnittsfunktion wahr und sind für alle Fragen und Probleme zuständig, die Unternehmen betreffen. Die städtische Umweltpolitik zielt auf den Erhalt und die Sicherung natürlicher Ressourcen und einer lebenswerten Umwelt, sie ist u.a. für den Klimaschutz in den Städten mit dem Ziel der Verringerung von klimarelevanten Emissionen und die Klimaanpassung zuständig. Diese ausschließliche Zuordnung wurde in den vergangenen Jahren in einigen Kommunen durch erfolgreiche Kooperationsprojekte überwunden. Dabei hat sich gezeigt, dass die Bereiche Umwelt und Wirtschaft eine immer größere Schnittmenge haben, von der beide profitieren können.

Um die anstehenden Herausforderungen bewältigen zu können und die Entwicklung nachhaltiger städtischer Wirtschaftsstrukturen zu fördern, ergibt sich die Notwendigkeit einer stärkeren Annäherung und Kooperation von Wirtschaftsförderung und Umweltämtern. So werden die ökologischen Erfordernisse der städtischen Entwicklung nicht nur Tätigkeitsbereich der Umweltämter, sondern auch der Wirtschaftsfördereinrichtungen (siehe Kapitel 1). Der Umweltbereich wiederum kann seine Ziele dauerhaft und umfassend nur dann verwirklichen, wenn er Unternehmen überzeugen kann, dass ökologische Projekte auch wirtschaftlich sinnvoll sein können.

Erforderlich ist hierzu, bestehende Vorurteile auf beiden Seiten abzubauen und eine institutionelle Zusammenarbeit zu entwickeln, die beiden Arbeitsfeldern zugutekommen kann. Letztlich ist ohne Mitwirkung der Wirtschaftsförderer eine effiziente Umweltpolitik im gewerblichen Umfeld schwierig. Ohne das Know-how und die frühzeitige Beteiligung der Umweltämter lässt sich aber nachhaltige Wirtschaftspolitik nur schwer verwirklichen.

Unternehmen sind eine Zielgruppe des kommunalen Handelns und zugleich Adressat und Akteur bzw. Partner für die nachhaltige Entwicklung in der Kommune. Umweltrelevante Dienstleistungen werden sowohl von den Umweltressorts (z.B. Zertifizierungen wie ÖKOPROFIT®) als auch von den Wirtschaftsförderungen (z.B. Standortentwicklung) erbracht. Branchen- und Zielgruppenorientierung sind dabei notwendig. Die Wirkungen der Wirtschaftsförderung auf und in Unternehmen sollten mit ihrer Ausstrahlung auf die Öffentlichkeit abgeglichen werden (Image-Gewinn) und zu Win-win-Situationen führen. Die Maßnahmen der Wirtschaftsförderung sollen zu positiven Effekten sowohl für die Unternehmen als auch für die Umwelt führen.

Der Aufbau und die Vertiefung von innerstädtischen Kooperationen sind wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Strategie. Dabei gilt es, einerseits die Rollen aller städtischen Akteure zu klären und andererseits eine „gemeinsame Sprache“ zu sprechen. Insbesondere bestehende oder zu installierende ressort- bzw. ämterübergreifende Arbeits- und Projektstrukturen können hierzu genutzt werden, in denen sich die verschiedenen beteiligten Bereiche wie z.B. die Wirtschaftsförderung, der Umweltbereich, die Stadtplanung sowie ggf. die städtischen Unternehmen mit ihren jeweiligen Zielen und Aufgabenbereichen einbringen können. Anhand gemeinsamer Projektplanungen gilt es, die jeweiligen Projektbeiträge sowie Projektverantwortlichkeiten festzulegen und zugleich Interessenkonflikte zu identifizieren und aufzulösen (z.B. im Rahmen eines regelmäßigen Jour fixe).

2.2.1. Beiträge der Umweltressorts zur nachhaltigen Wirtschaftsförderung

Nachhaltige Wirtschaftspolitik stellt eine notwendige und sinnvolle Verbindung von kommunalen Zielen des Umweltschutzes und der Wirtschaftsförderung dar. Mittlerweile liegt eine Vielzahl von Vorgaben auf europäischer Ebene, von Bund und den Ländern vor, die darauf abzielen, den Umweltschutz im Zuge betrieblicher Aktivitäten zu fördern. Die Kommunen agieren zum einen selbst als Betrieb (z.B. Bauhof, Grünpflege, Ent- und Versorgungsleistungen), zum anderen haben sie im Rahmen der Daseinsvorsorge für (umwelt)verträgliche Lebens- und Arbeitsverhältnisse in ihrer Kommune Sorge zu tragen. Die stetige Verbesserung der Umweltqualität in den Städten trägt zum einen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen bei, zum anderen stellen die Umweltbedingungen vor Ort einen wichtigen Standortfaktor für Unternehmen und ihre Mitarbeiter dar.

2.2.1.1 Service- und Kooperationsangebote

Zum freiwilligen Aufgabenbereich der Umweltressorts gehören Informations- und Beratungsangebote, insbesondere im Rahmen von Klimaschutz-Förderprogrammen zur energetischen Sanierung von Gebäuden und Anlagen oder zur Steigerung der Energieeffizienz. Durch die Förderung werden Investitionen angestoßen, von denen zu einem großen Teil lokale Handwerksbetriebe profitieren, die daher ein eigenes Interesse an der Vermittlung der Beratungsangebote sowie an der Kooperation mit den Umweltressorts haben. Unter der Federführung der Umweltressorts bieten immer mehr Städte auch umfangreichere Schulungs- und Beratungsprogramme an, in denen interessierte Unternehmen bei der Einführung eines Umweltmanagementsystems unterstützt werden (ÖKOPROFIT®, ECOfit Baden-Württemberg, „Nachhaltiges Wirtschaften“ Heidelberg u.Ä.). Gemeinsam mit externen Beratern werden Einsparpotenziale ermittelt und Maßnahmenprogramme aufgestellt. So können die Unternehmen Kosten sparen und gleichzeitig die Umwelt entlasten. Ein wichtiger „Nebeneffekt“ solcher Kooperationsangebote ist die Intensivierung der Zusammenarbeit von Unternehmen und Behörden. Ziel der Kooperationsangebote sollte sein, ein Netzwerk umweltbewusster Unternehmen zu entwickeln. So tragen die Service- und Kooperationsangebote der Umweltressorts direkt und indirekt zur Standortsicherung der lokalen Unternehmen bei und bieten zahlreiche Schnittstellen zu den entsprechenden Angeboten der Wirtschaftsförderung.

2.2.1.2 Unterstützung der Standortsuche

Im Rahmen von gewerblichen Neuansiedlungen oder Flächenerweiterungen müssen die Umweltressorts möglichst frühzeitig – nicht erst im Rahmen der bau- bzw. immissionsschutzrechtlichen Anhörung – einbezogen werden. Indem umweltrechtliche Belange bei der Standortsuche gleich berücksichtigt werden, können Nutzungskonflikte bereits im Vorfeld ausgeschlossen und die Genehmigungsverfahren deutlich verkürzt werden. Dies ist besonders in Mischgebieten und Gemengelagen wichtig, in denen Nutzungskonflikte bei Beschwerden von Anwohnern zu Imageschäden für den Gewerbetreibenden, nachträglichen Umweltauflagen bis hin zur Gefährdung des Standorts führen können. Dagegen werden auch die gebäudebezogenen Beratungs- und Förderangebote der Umweltressorts – insbesondere im Rahmen der kommunalen Klimaschutzprogramme – bei rechtzeitiger Einbindung bereits für die Planungsphase genutzt und tragen so zur Standortaufwertung bei. Im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaftsförderung erscheint es daher sinnvoll, die Serviceangebote und Kompetenzen der Wirtschaftsförderung und der Umweltressorts im Verbund mit der kommunalen Stadtentwicklungsplanung auch für die Unterstützung der gewerblichen Standortsuche stärker zu vernetzen. Idealerweise kann dies im Rahmen einer quartiers- oder stadtteilbezogenen Rahmenplanung erfolgen.

2.3 Handlungsempfehlungen für Kommunen

Um die Chancen und Potenziale nachhaltigen Wirtschaftens zu nutzen, ist es sinnvoll, dass die Ressorts „Umwelt“ und „Wirtschaftsförderung“ in den Kommunalverwaltungen stärker kooperieren und gemeinsam agieren. Es haben sich zahlreiche Schnittstellen zwischen den kommunalen Umweltzielen und den Zielen der nachhaltigen Wirtschaftsförderung gezeigt. Auch wenn die Organisation der Aufgaben in den Städten generell und die zwischen Umwelt- und Wirtschaftseinrichtungen im Speziellen unterschiedlich sind, lässt sich heute feststellen, dass eine effektive und nachhaltige Umweltpolitik angesichts der heutigen Rahmenbedingungen bei Vernachlässigung der Wirtschaftsfördermaßnahmen ebenso schwierig ist wie eine kommunale Wirtschaftsförderpolitik, die die ökologischen Zielsetzungen vernachlässigt. Insofern entsteht eine Win-win-Situation für beide kommunalen Akteure.

Standortprofil stärken durch die Entwicklung eines Leitbildes „Nachhaltige Wirtschaftsförderung“

Wir empfehlen daher unseren Kommunen, die Chancen, die mit der Verbindung beider Bereiche verbunden sind, zu nutzen. Hierzu kann ein gemeinschaftlich von den Ressorts Umwelt und Wirtschaftsförderung entwickeltes Leitbild beitragen. Im Zuge dieses Entwicklungsprozesses können das gegenseitige Verständnis verbessert, gemeinsame Ziele entwickelt und die Abstimmung von Prozessen und Verfahren gefördert werden. Die Rückkopplung mit den jeweils unterschiedlichen außerkommunalen Akteuren bzw. mit einzelnen Interessenverbänden kann zu einem umfassenden lokalen Konsens führen, der den Wirtschaftsstandort insgesamt stärkt.

Kompetenzen, Kooperation und Aufgabenteilung zwischen Umwelt und Wirtschaft

Die spezifischen Kompetenzen der unterschiedlichen Ressorts sollten genutzt und daraus eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen Umweltressorts- und Wirtschaftsförderung entwickelt werden. Die verschiedenen Rollen bzw. Zuständigkeiten stellen dabei kein Hindernis dar, sondern bilden die Grundlage für Kooperationen, die aufgrund ihrer jeweils spezifischen Angebote sinnvoll und gewinnbringend miteinander verknüpft werden können. Dazu gibt es in einzelnen Städten bereits erfolgreiche Beispiele.

Gemeinsame Projekte entwickeln

Dabei sind die spezifischen und unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Städten zu berücksichtigen. Allerdings können die beschriebenen innovativen und zukunftsfähigen Maßnahmen wesentlich dazu beitragen, über die Stärkung des Wirtschaftsstandorts auch die finanzielle Situation in den Kommunen zu verbessern.

Standorteffekte durch eigene Erzeugung von Energien

Mit der eigenen Energieproduktion im lokalen bzw. regionalen Umfeld entstehen Neuinvestitionen (Schaffung von Nah- und Fernwärme) für die örtliche Wirtschaft. Damit wird der Abfluss von Kaufkraft verhindert.

2.4 Empfehlungen an Bund und Länder

Inzwischen ist anerkannt, dass beispielsweise mit dem Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland erhebliche Nachfrageimpulse national sowie international ausgelöst wurden und sich die damit verbundene Wirtschaftsleistung in Deutschland stetig erhöht. Es ergeben sich damit enorme positive ökonomische Effekte mit entsprechenden Auswirkungen auf die Beschäftigung. In einer Modellrechnung weist beispielsweise das DIW nach, dass das Bruttoinlandsprodukt 2030 durch den geförderten Ausbau erneuerbarer Energien um 2,9 Prozent höher sein wird als im Fall ohne Ausbau (DIW Nr. 50/2010). Auch wenn solche Befunde nicht ohne Weiteres auf den gesamten Umweltbereich übertragen werden können, zeigt dies doch die positive Auswirkung der Verbindung von Wirtschafts- und Umweltbereich. Entsprechend sind Bund und Länder aufgefordert, diese positive Entwicklung in ihrem Rahmen zu unterstützen und für die kommunalen Akteure vor Ort Fördermöglichkeiten zu eröffnen. Dies bietet sich insbesondere im Rahmen der nächsten Strukturfondsperiode an. Die von der EU im Rahmen der 2020 festgelegten Ziele schaffen verstärkt Möglichkeiten, das Ineinandergreifen von Umwelt und Wirtschaft stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Entsprechend sollten Bund und Länder:

- erforderliche Ressourcen und Mittel für die Information, Beratung und Durchführung von nachhaltigen Projekten der Wirtschaftsförderungseinrichtungen, z.B. Förderung von Clear-Tech-Zentren, bereitstellen;
- durch bundes- oder landesweite Kooperationsplattformen die beteiligten Akteure und Wissensträger zusammenführen und damit die Voraussetzungen für eine zielorientierte Netzwerkbildung schaffen. Nur so können sinnvolle neue Projekte entwickelt werden, die die Akzeptanz aller Beteiligten finden können;
- kommunale Kooperationen zwischen Ökonomie und Ökologie ggf. im Rahmen von Projekten oder durch Wettbewerbe gezielt initiieren;
- Modellprojekte fördern, die zur Nachahmung anregen.

Arbeitskreis „Nachhaltiges Wirtschaften“ des Deutschen Städtetages

Am Arbeitskreis „Nachhaltiges Wirtschaften“ des Deutschen Städtetages, aus dem der Text „Chancen und Potenziale nachhaltiger Wirtschaftsförderung“ hervorgegangen ist, nahmen die folgenden Personen teil (in alphabetischer Reihenfolge):

Jochen Fricke (Essener Wirtschaftsförderungs GmbH);

Dr. Claudia Keidies (Leiterin Branchenentwicklung, Wirtschaftsförderung der Stadt Dortmund);

Barbara Leutner (Hauptreferentin im Dezernat Umwelt und Wirtschaft, Brand- und Katastrophenschutz des Deutschen Städtetages);

Ulfried Müller (Referat für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München);

Dr. Werner Neumann (Referatsleiter, Energiereferat 79 A der Stadt Frankfurt a.M.);

Cornelia Rösler (Leiterin des Bereichs Umwelt, Deutsches Institut für Urbanistik, Köln);

Andrea Wagner (Bereich Umwelt, Deutsches Institut für Urbanistik, Köln);

Dr. Ulrich Ziegenhagen (Stv. Amtsleiter, Wirtschaftsförderung Bereich Standortentwicklung der Bundesstadt Bonn);

Dr. Hans-Wolf Zirkwitz (Amtsleiter, Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie der Stadt Heidelberg).

3. Kommunale Beispiele als Impulse für Nachhaltiges Wirtschaften

Viele Firmen, von Konzernen bis hin zu kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), verstehen Nachhaltiges Wirtschaften längst nicht mehr als Hemmschwelle für die ökonomische Entwicklung, sondern sehen zunehmend die Chancen in der Berücksichtigung ökologischer und sozialer Faktoren. Sie entwickeln dabei neue, zukunftsorientierte Geschäftsfelder und optimieren Prozesse sowie Verfahren, um beispielsweise die Kosten- und Ressourceneinsätze zu verringern. Nachhaltiges Wirtschaften stellt sich somit als Querschnittsthema dar, das zu einem strukturellen Wandel in der Wirtschaft führt.

Den kommunalen Wirtschaftsförderungseinrichtungen – oft in Kooperation mit den Umweltämtern – kommt dabei eine wichtige Vermittlungsfunktion zwischen den einzelnen Fachressorts innerhalb der Kommune einerseits sowie zwischen der Wirtschaft und der Kommunalverwaltung andererseits zu. Die Wirtschaftsförderung kann also als ein zentraler Initiator, Koordinator und Partner für die ansässigen Unternehmen bei der Realisierung des Nachhaltigen Wirtschaftens gesehen werden. Ihre Aufgaben bestehen darin, Unternehmen bei der Umsetzung nachhaltiger Projekte zu unterstützen und Angebote zu unterbreiten, über aktuelle Trends zu entsprechenden Themen zu informieren sowie Netzwerke und Plattformen zu initiieren, um den relevanten Akteuren einen Austausch zu ermöglichen.

Von kommunaler Seite können also wertvolle und nützliche Impulse zu Nachhaltigkeitsthemen ausgehen, um die lokale Wirtschaft zu unterstützen und diesen Strukturwandel als aktiven Prozess mitzugestalten. Dazu stellen in diesem Band verschiedene Kommunen ihre Beispiele für Nachhaltiges Wirtschaften aus der kommunalen Praxis vor. Das Dezernat Umwelt und Wirtschaft, Brand- und Katastrophenschutz des Deutschen Städtetages hat hierzu im November 2013 eine Umfrage mit entsprechenden kommunalen Fachressorts zum Thema Nachhaltiges Wirtschaften durchgeführt.

In der Difu-Studie „ Nachhaltiges Wirtschaften in der Stadt 2030“ (siehe Literaturhinweise) im Rahmen eines Vorhabens des Umweltbundesamtes mit dem Titel „Szenarien für eine integrierte Nachhaltigkeitspolitik – am Beispiel "Die nachhaltige Stadt 2030" werden ebenfalls ausgewählte Praxis-Beispiele aus Kommunen vorgestellt, die im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ bereits aktiv sind.

Ziel der von den Kommunen dargestellten Beispiele ist es, die bereits bestehenden vielfältigen Ansätze der Möglichkeiten für Nachhaltiges Wirtschaften auf kommunaler Ebene aufzuzeigen und dadurch Motivation sowie Anregungen für eigene Initiativen oder Aktivitäten zu schaffen. Das Kooperationsprojekt ÖKOPROFIT® wurde dabei außen vor gelassen, da diese Initiative in Kommunen bereits sehr weit verbreitet und entsprechend bekannt ist.

Zu jedem Projekt werden ein oder mehrere Kontaktpersonen genannt, so dass bei verstärktem Interesse an bestimmten Maßnahmen die Möglichkeit zum weiteren intensiven Austausch über Entwicklungsprozesse und Erfahrungen besteht.

3.1 Mobilität und Verkehr

3.1.1 Pedelec-Testwochen für Betriebe (Stadt Aachen)

Die Stadt Aachen bietet in Zusammenarbeit mit der STAWAG Aachen (Stadtwerke AG), der WABe e.V. Diakonisches Netzwerk sowie der Industrie- und Handelskammer Aachen seit 2010 kostenlose Pedelec-Testwochen für lokale Unternehmen an. Die Aktion wurde im Rahmen der Luftreinhalteplanung von den Fachbereichen Umwelt sowie Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen der Stadt Aachen initiiert. Die Stadt will damit umwelt- und gesundheitsbewusstes Mobilitätsverhalten fördern und die Schadstoffbelastung durch den Pkw-Verkehr reduzieren. Seit 2012 können auch Firmen aus dem ehemaligen Kreisgebiet teilnehmen, da die StädteRegion Aachen ebenfalls Partner in diesem Projekt ist.

Pedelecs – die Kurzform für „Pedal Electric Cycle“ – sind Elektrofahrräder, die nicht nur mit Muskelkraft, sondern zusätzlich mit einem Motor betrieben werden. Das Schwitzen an Steigungen, das viele Berufstätige vom Umstieg auf das Fahrrad bisher abgehalten hat, entfällt dabei. Auch Dienstgänge können mit einem Pedelec schnell, kostengünstig und umweltfreundlich zurückgelegt werden. Eine spezielle Versicherung ist nicht erforderlich, das Pedelec gilt als „normales“ Fahrrad. Eine Helmpflicht besteht nicht; Helme schützen jedoch bei Radunfällen vor schweren Kopfverletzungen und werden daher empfohlen.

In der jeweiligen Testwoche liefert die WABe-Radstation am Aachener Hauptbahnhof montags bis zu fünf Elektrofahrräder inklusive Ladegeräte an den interessierten Betrieb und holt sie freitags wieder ab. Technische Einweisung und Wartung sind im Service enthalten. Für die Mitarbeiter und das Unternehmen entstehen durch die Teilnahme keine Kosten. Während der Aktion können Mitarbeiter die E-Bikes ausführlich auf ihre Tauglichkeit im Alltag prüfen – sowohl auf dem Weg zur Arbeit als auch bei innerstädtischen Dienstreisen. Sofern gewünscht, lässt sich die Testphase gegen eine Gebühr von 15 Euro auf das Wochenende ausdehnen. Voraussetzung für die Teilnahme ist eine sichere Abstellmöglichkeit und die Bereitschaft, die Akkus der E-Bikes im Betrieb aufladen zu lassen.

Abbildung 1 Mobil auf zwei Rädern: Pedelec-Testwochen in Aachen (Foto: Image Druck)



Koordinierende Stellen	Für die Stadt Aachen: Fachbereich Umwelt, Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen Stadt Aachen. Für die StädteRegion Aachen: Umweltamt der StädteRegion Aachen.
Projektpartner	▪ STAWAG Aachen (Stadtwerke AG) ▪ IHK Aachen ▪ WABe e.V. Diakonisches Werk
Finanzierung	Finanziert wird das Projekt von der Stadt Aachen, der StädteRegion Aachen sowie der STAWAG Aachen (Stadtwerke AG), diese unterstützt die Kampagne als Beitrag zur Förderung von Elektromobilität in Ergänzung zu ihrem Förderprogramm für elektrische Zweiräder.
Projektzeitraum	Von 2010 bis 2014
Ansprechpartner	Dr. Armin Langweg Adresse: Verkehrsmanagement Stadt Aachen, Lagerhausstraße 20, 52064 Aachen Telefon: 0241/4326176 E-Mail: verkehrsmanagement@mail.aachen.de Hubert Schramm Adresse: StädteRegion Aachen, Umweltamt, Zollernstrasse 20, 52070 Aachen Telefon: 0241/51982558 E-Mail: Hubert.Schramm@staedtereion-aachen.de Benjamin Haag Adresse: IHK Aachen, Theaterstraße 6-10, 52062 Aachen Telefon: 0241/4460131 E-Mail: benjamin.haag@aachen.ihk.de

3.1.2 Mobilitätsmanagement für Unternehmen (Landeshauptstadt Dresden)

Die Landeshauptstadt Dresden möchte den innerstädtischen Verkehr nicht nur bewältigen, sondern Mobilität mitgestalten und dabei den Bedürfnissen der Bürger und den Mobilitätsansprüchen der Wirtschaft langfristig gerecht werden. Dies soll nicht nur durch Infrastrukturausbau geschehen, sondern verstärkt mit innovativen Ansätzen in der Stadt- und Verkehrsplanung. Wenn Managementgrundsätze – beispielsweise Effizienz – auf die Mobilität angewendet werden, können bestehende Infrastrukturen intelligenter genutzt und innovative, integrierte Mobilitätsangebote entwickelt werden. Mobilitätsmanagement bezieht dabei alle Verkehrsmittel ein, um durch die Vielfalt der Kombinationsmöglichkeiten eine optimierte Nutzung zu erreichen. Ausgehend von einem Einzelprojekt wurde *Mobilitätsmanagement für Unternehmen*, u.a. im Rahmen von Forschungsprojekten, als ständige Aufgabe in der Verwaltung der Stadt Dresden etabliert.

Die Stadt Dresden initiierte und veröffentlichte die Broschüre „Neue Wege in der Mobilität für Unternehmen“, welche die lokalen Firmen darüber informiert, was zu einem erfolgreichen Mobilitätsmanagement erforderlich ist. Darin finden sich u.a. Informationen zu Carsharing für Dienstfahrten, über die Förderung von Fahrgemeinschaften oder Jobtickets sowie zu sicheren Stellplätzen für Fahrräder am Unternehmen. Dazu werden gute Beispiele von Unternehmen aus anderen Regionen vorgestellt sowie Möglichkeiten aufgezeigt, mit sehr geringen finanziellen Mitteln das Mobilitätsverhalten zugunsten der Umwelt- und Lebensqualität zu verändern, z.B. durch die Beteiligung an Image-Kampagnen des ÖPNV. Die Stadt möchte damit Interesse bei Betrieben, Verwaltungen

und Institutionen wecken und möglichst neue Kooperationen initiieren, denn Mobilitätsmanagement entwickelt sich zu einem positiven Image- und Standortfaktor für Unternehmen.

Die Schwerpunkte der Arbeit zum *Mobilitätsmanagement für Unternehmen* umfassen darüber hinaus u.a. die folgenden Maßnahmen:

- Mobilitätsberatung für Unternehmen;
- Durchführung von Mobilitätstagen in Betrieben und Verwaltungen zur Information der Mitarbeiter über vielfältige Mobilitätsbelange;
- Einsatz von innovativen, technischen Komponenten (Informations- und Auskunftssysteme, Info-Terminals u.a.);
- Unterstützung bei der Erarbeitung von Betriebsmobilitätsplänen auf der Basis von Mitarbeiterbefragungen und Umsetzung von Maßnahmen in die Praxis (Firmentickets, Fahrgemeinschaftsbörsen, Radabstellanlagen, Carsharing etc.);
- Informationsveranstaltungen der Stadtverwaltung zum Mobilitätsmanagement für Unternehmen.

Das Dresdner Engagement wurde 2006 beim ADAC-Städtewettbewerb „Luftqualität verbessern – Mobilität sichern“ als „intelligente Lösung im Spannungsfeld von Machbarkeit, Wirksamkeit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit“ ausgezeichnet und als Praxisempfehlung anderen Städten vermittelt.

Koordinierende Stelle	Geschäftsbereich Stadtentwicklung der Landeshauptstadt Dresden, Stadtplanungsamt, Abteilung Verkehrsentwicklungsplanung
Ansprechpartner	Dr. Kerstin Burggraf und Dr. Matthias Mohaupt Adresse: Geschäftsbereich Stadtentwicklung (Stadtplanungsamt, Abteilung Verkehrsentwicklungsplanung), Freiburger Straße 39, 01067 Dresden Telefon: 0351/4883451 E-Mail: kburggraf@dresden.de oder mmohaupt2@dresden.de

3.1.3 *erster!* – Das Handwerk fährt emobil (Stadt Frankfurt/Main und Landeshauptstadt Wiesbaden)

Das tägliche Leben in der Rhein-Main-Region ist geprägt von einem sehr hohen Verkehrsaufkommen. Dieses führt durch CO₂-Ausstoß, Feinstaub, Lärm etc. zu erheblichen Belastungen für die Umwelt und die Lebensqualität der Menschen in der Metropolregion. Die hessische Landesregierung verfolgt daher das Ziel, die Elektromobilität für jeden Bürger sichtbar und erfahrbar zu machen. Damit folgt sie der Überzeugung, dass diese Art der Mobilität heute viele Probleme beheben kann, die herkömmliche Fahrzeuge verursachen, da sie leise und lokal emissionsfrei ist. Insbesondere in urbanen Gebieten kann die Elektromobilität den konventionellen Antriebsarten aufgrund der kurzen Distanzen ebenbürtig sein.

Vor diesem Hintergrund haben das Land Hessen sowie die Städte Frankfurt am Main und Wiesbaden mit Unterstützung der Handwerkskammern Frankfurt-Rhein-Main und Wiesbaden das Modellprojekt „*erster!* – Das Handwerk fährt emobil“ aufgelegt. Die Projektpartner sind sich sicher, dass dieser Kreis von Akteuren aus lokalen Handwerksbetrieben innovativ und technisch aufgeschlossen ist. Daher sollen die Handwerksunternehmen in den beiden Städten bei der Anschaffung von Elektrofahrzeugen gefördert werden, um so große Teile ihrer täglichen Fahrten auf der Basis von erneuerbaren Energien effizient, umweltfreundlich und nahezu geräuschlos durchführen

zu können. Ein weiterer positiver Effekt ist, dass die Handwerksbetriebe eine hohe Sichtbarkeit im Stadtbild gewährleisten und somit die Elektromobilität in den Alltag und damit ins Bewusstsein der Menschen rückt.

Abbildung 2 Elektromobilitäts-Projekt für Handwerksbetriebe in Frankfurt/Main und Wiesbaden (Foto: Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH)



Handwerksbetriebe mit Sitz in Frankfurt oder Wiesbaden erhalten eine Förderung von bis zu 6.000 Euro je Fahrzeug und die Möglichkeit, zu sehr attraktiven Konditionen ein neues Elektrofahrzeug zu leasen oder zu erwerben. Die Höhe der Förderung richtet sich dabei nach dem Fahrzeuggrundpreis. Bis 19.999 Euro erhalten die Betriebe eine Förderung von 4.000 Euro, bis 29.999 Euro werden 5.000 Euro ausbezahlt, und ab 30.000 Euro Fahrzeuggrundpreis erhält der Betrieb 6.000 Euro Zuschuss. Besonders attraktiv dabei ist, dass die Abwicklung der Förderung schnell und unbürokratisch erfolgt.

Die Vorteile für die Handwerksbetriebe sind:

- Geringe Betriebs- und Unterhaltskosten, da mit Strom statt Benzin bzw. Diesel getankt wird. Eine Betankung kostet, je nach Stromtarif sowie Verbrauch, maximal 4,00 Euro für 100 Kilometer Fahrt.
- E-Fahrzeuge sind zehn Jahre von der Kfz-Steuer befreit.
- Elektromotoren sind wesentlich weniger wartungsintensiv als Verbrennungsmotoren, daraus folgen weniger Werkstattaufenthalt und geringere Kosten.
- die Fahrzeuge sind sehr umweltfreundlich, da sie mit Strom aus regenerativen Energien angetrieben werden und daher nahezu keine CO₂-Emission anfällt. Zudem ist ein fast geräuschloses Fahren möglich, so dass der städtische Verkehrslärm reduziert wird.

Das Projekt wird von der Fachhochschule Frankfurt durch eine sozialwissenschaftliche Begleitforschung untersucht, um Rückschlüsse auf die Akzeptanz und das Fahrverhalten der Mitarbeiter in den Betrieben zu erhalten.

Koordinierende Stellen	Für die Stadt Frankfurt: Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH. Für die Landeshauptstadt Wiesbaden: Amt für Wirtschaft und Liegenschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden.
Projektpartner	▪ Bundesland Hessen ▪ Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main ▪ Handwerkskammer Wiesbaden
Finanzierung	Für dieses Vorhaben stehen seitens der hessischen Landesregierung und der Städte Frankfurt/Main und Wiesbaden rund eine Million Euro bereit, mit denen bis zu 200 Elektrofahrzeuge gefördert werden können. Die Begleitforschung durch die Fachhochschule Frankfurt wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie über das Programm „ERA-NET Plus Electromobility+“ gefördert.
Projektzeitraum	Die Laufzeit des Projekts beträgt 36 Monate. Bis zum 31. Dezember 2014 können Handwerksbetriebe noch Förderanträge stellen.
Ansprechpartner	Für Betriebe in Frankfurt: Ansgar Roese Adresse: Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH, Hanauer Landstraße 126-128, 60314 Frankfurt/Main Telefon: 069/212-38764 E-Mail: info@frankfurtmobil.de Für Betriebe in Wiesbaden: Werner Backes Adresse: Amt für Wirtschaft und Liegenschaften, Gustav-Stresemann-Ring 15, 65189 Wiesbaden Telefon: 0611/31-2501 E-Mail: wirtschaftundbeschaeftigung@wiesbaden.de

3.1.4 Stadtverträgliche Lkw-Navigation (Metropolregion Ruhr)

Der Schwerlastverkehr in der Metropolregion Ruhr hat insbesondere in Siedlungsbereichen oftmals negative Auswirkungen durch Lärm, Abgase, Straßenschäden und festgefahrenen Lkw unter Brücken bzw. engen Straßenquerschnitten. Dies liegt vor allem daran, dass Lkw-Fahrer oft nur über rudimentäre Ortskenntnisse verfügen oder marktgängige Navigationssysteme nutzen, die nicht auf die Bedürfnisse des Schwerlastverkehrs ausgerichtet sind. Dieser Zusammenhang konnte im Rahmen eines Pilotprojektes der Städte Dortmund und Hamm, der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund sowie der Wirtschaftsförderung metropolruhr GmbH im Jahr 2010 herausgearbeitet werden. Dabei wurde deutlich, dass die tatsächlich gefahrenen Routen erheblich von den gewünschten Routenempfehlungen der Kommunen abweichen und damit das Potenzial für ein ökonomisch und ökologisch verbessertes Routing im Rahmen einer stadtverträglichen Lkw-Navigation vorhanden ist.

Abbildung 3 Effektive Verkehrsleitung: Lkw-Navigation Ruhr (Foto: Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH, Christian Lühnen)



Vor diesem Hintergrund hat die Wirtschaftsförderung metropol Ruhr gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebiets das Projekt *Stadtverträgliche Lkw-Navigation* in der Metropolregion Ruhr entwickelt. Die Festlegung von, den örtlichen Gegebenheiten angepassten, Lkw-Vorrangrouten ermöglicht es, den Schwerlastverkehr über gewünschte Strecken zu leiten und damit bestimmte Siedlungsbereiche zu entlasten sowie Unfälle im Straßenraum zu verringern. Darüber hinaus unterstützt dieses Instrument auch die Umsetzung der Luftreinhaltepläne, denn die gezielte Steuerung kann einen Beitrag dazu leisten, die hohen Schadstoffbelastungen durch den Dieselmotorkraftstoff von Lkw in eng bebauten Siedlungsbereichen zu verringern. Ein weiterer positiver Effekt ist die Reduktion von Lkw-bedingten Unfällen, die durch festgefahrene Fahrzeuge unter Brücken oder falsch eingeschätzte Straßenquerschnitte regelmäßig in Gemeindegebieten vorfallen.

Damit die von den Kommunen erstellten Vorrangrouten von den Lkw-Fahrern auch tatsächlich genutzt werden, müssen diese in marktgängige Navigationssysteme überführt werden. Die Navigationskarten sind das Ausgangsprodukt jeder Navigation und damit auch die Basis für jede weitere Veredelung, sei es durch Lkw-Hersteller, Spediteure oder andere. Derzeit gibt es weltweit zwei wesentliche Hersteller von Navigationskarten.

Im Rahmen des Projektes haben sich die teilnehmenden Städte bzw. Gemeinden und Landkreise verpflichtet, Lkw-Vorrangrouten für ihr Gemeindegebiet zu entwickeln und in die marktgängigen Navigationskarten einzupflegen. Dafür wurde eine webbasierte Erfassungsmaske erstellt, in die die Kommunen die definierten stadtverträglichen Vorrangrouten und zudem die für den Lkw-Verkehr relevanten Restriktionen wie z.B. Brückendurchfahrtshöhen, Gewichts- und Geschwindigkeitsbeschränkungen oder Umweltzonen eingeben. Das so aufbereitete Kartenmaterial wird fortlaufend auf Aktualität und Richtigkeit geprüft und aktualisiert.

Diese kommunalen Daten werden in einer Datenbank abgelegt, damit zum einen die Hersteller von Navigationskarten und zum anderen weitere Interessenten im Rahmen von Verkehrslenkungs- und Managementkonzepten das Datenmaterial nutzen können. Ziel des Vorhabens ist es, dass die kommunalen Daten kostenfrei von der Datenbank abrufbar sind, damit eine möglichst breite Verwendung und Veredelung der Geodaten erfolgen kann.

Derzeit haben 36 Kommunen, darunter alle elf kreisfreien Städte im Gebiet des Regionalverbandes Ruhr, die Projektvereinbarung unterzeichnet. Die Erfassung der Lkw-Restriktionen sowie die Aufstellung und die Erfassung der Lkw-Vorrangrouten wurden an vielen Stellen abgeschlossen. In einigen Kommunen wird noch an der Eingabe gearbeitet. Auch prüfen weitere Kommunen die Mitwirkung an dem Projekt.

Anfang Februar 2014 wurde ein erster Datensatz an einen bekannten Hersteller von Navigationskarten übergeben, derzeit werden diese Daten eingearbeitet. Anfang 2015 werden die ersten Lkw mit dem neuen System über die Straßen des Ruhrgebietes navigiert werden können.

Koordinierende Stelle	Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH
Projektpartner	▪ IHK Ruhr – Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet ▪ Regionalverband Ruhr ▪ 36 Kommunen aus der Metropolregion Ruhr
Projektzeitraum	Seit 2010
Ansprechpartner	Dr. Oliver Neuhoff Adresse: Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH, Kronprinzenstraße 6, 45128 Essen Telefon: 0201/632488-33 E-Mail: neuhoff@business.metropolruhr.de

3.1.5 Betriebliches Mobilitätsmanagement (Landeshauptstadt München)

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München unterstützt mit dem Programm *Betriebliches Mobilitätsmanagement* (BMM) Unternehmen, die unnötigen Verkehr und damit verbundene Kosten vermeiden möchten. Betriebe analysieren dabei mit externen Beratern den von ihnen ausgelösten Verkehr – vor allem den Berufsverkehr. Die danach entworfenen Mobilitätskonzepte entlasten die Unternehmen sowie deren Mitarbeiter und verbessern die lokale Verkehrssituation nachhaltig.

Workshops und individuelle Beratung vor Ort sowie ein ausführlicher Leitfaden unterstützen die Firmen dabei, Mobilitätslösungen für ihre spezifischen Anforderungen zu finden. So werden die Beschäftigten etwa motiviert, mit öffentlichen Verkehrsmitteln, per Fahrrad, zu Fuß oder in Fahrgemeinschaften zur Arbeit zu kommen. Sie sparen dadurch Zeit und Kosten und tun – zumindest per Rad oder zu Fuß – gleichzeitig etwas für ihre Gesundheit. Die Workshops und Beratungen führt eine von der Landeshauptstadt München beauftragte Umweltberatungsfirma durch.

Nach Abschluss des etwa zehn Monate dauernden Projekts können die teilnehmenden Firmen im sogenannten „BMM-Klub“ ihr betriebliches Mobilitätsmanagement weiterentwickeln. Bereits 2003 hat der Münchner Stadtrat das Förderprogramm beschlossen. Damit gibt die Landeshauptstadt München Unternehmen einen Anreiz, den betriebsbedingten Verkehr in ihrer Stadt zu reduzieren und zu optimieren.

Bisher haben 54 Betriebe in zehn Runden erfolgreich am Projekt *Betriebliches Mobilitätsmanagement* teilgenommen. Interessierte Firmen aus der Landeshauptstadt und aus dem Landkreis Mün-

chen können sich jederzeit melden. Sobald eine Gruppe von mindestens vier Betrieben zusammen ist, startet die nächste Runde.

In der Vergangenheit wurden u.a. folgende Maßnahmen in der betrieblichen Praxis bereits umgesetzt:

- Das Helmholtz-Zentrum München optimierte sein Fuhrparkmanagement durch den Einsatz eines Buchungssystems, das sich im Carsharing bewährt hat.
- Bayerischer Rundfunk (BR)/ARD-Programmdirektion rüstete alle 194 Pkw mit Filtern um und reduzierte damit die Feinstaubbelastung. Zusätzlich wurde ein Erdgasfahrzeug angeschafft. Außerdem fördert der BR die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs, indem er seinen Mitarbeitern das JobTicket sowie die übertragbare IsarCard für Dienstgänge in der Stadt anbietet.
- Die Schreiner Group, das Goethe-Institut und Nokia Siemens Networks gestalten ihre Dienstreisen ökologischer und vermeiden Reisen, die nicht notwendig sind. Hierzu tragen überarbeitete Reiserichtlinien und Videokonferenzsysteme bei.
- Fahrer der Ludwig Stocker Hofpfisterei konnten dank Fahrerschulung ihren Spritverbrauch um bis zu 20 Prozent senken.
- Die Stadtwerke München GmbH erleichtern ihren Beschäftigten die Anreise und Dienstgänge mit dem Fahrrad durch deutlich verbesserte Abstellmöglichkeiten, zusätzliche Umkleiden und die Anschaffung von Dienstfahrrädern.
- Auf das Fahrrad setzen auch die Firmen KL Technik, InnoLas und EOS sowie weitere Unternehmen des Gewerbegebiets Krailling Innovationenmeile (KIM). Beschäftigte aus dem KIM können von den S-Bahn-Haltestellen Germering und Planegg kostenlos mit Leihfahrrädern von Nextbike zu ihrem Arbeitsplatz radeln. Das von den Betrieben initiierte Fahrradverleihsystem ergänzt die Busanbindung, und das Radeln hält zudem die Beschäftigten fit.

Koordinierende Stelle	Referat für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München
Projektpartner	Intern: ▪ Referat für Stadtplanung und Bauordnung ▪ Referat für Gesundheit und Umwelt ▪ Stadtwerke München/ Münchner Verkehrsgesellschaft Extern: ▪ Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) ▪ Arqum – Gesellschaft für Arbeitssicherheit-, Qualitäts- und Umweltmanagement mbH
Finanzierung	Für die Durchführung des Förderprogramms stellt der Münchner Stadtrat ein jährliches Budget zur Verfügung. Der Finanzierungsaufwand ist von der Zahl der teilnehmenden Unternehmen abhängig und liegt bei vier teilnehmenden Unternehmen bei ca. 35.000 Euro für die Beratungsleistungen, die Herstellung eines gedruckten Abschlussberichts und die Durchführung der Abschlussveranstaltung.

Projektzeitraum	Seit 2003 (Durchführungsdauer einer Runde etwa zehn Monate).
Ansprechpartner	Roland Hösl Adresse: Referat für Arbeit und Wirtschaft, Herzog-Wilhelm-Str. 15, 80331 München Telefon: 089/23325506 E-Mail: roland.hoesl@muenchen.de

3.2 Energie- und Ressourceneffizienz

3.2.1 *e+haus* – Gebäude energetisch modernisieren (Stadt Augsburg)

Mit der Kampagne *e+haus* – Gebäude energetisch modernisieren, die 2006 gestartet wurde, wollte die Stadt Augsburg CO₂-Emissionen im Gebäudebereich nachhaltig reduzieren. Eine Vielzahl kostenloser Informations- und Beratungsmöglichkeiten ebneten Haus- und Wohnungseigentümern den Weg zur energetischen Modernisierung ihrer Gebäude. Alle Informationen, die für „Einsteiger“ wichtig sind, wurden dazu in der Infomappe „*e+haus* Gebäude energetisch modernisieren – bei uns sind Sie richtig!“ zusammengefasst. Neben einer Internetseite mit Energiechecks für Gebäude sowie praktischen Tipps zur Umsetzung und Finanzierung beantwortete eine Service-Hotline Fragen direkt und stellte Kontakt zu Experten her. Um diesen Service für die Bürgerinnen und Bürger anzubieten, arbeiteten zahlreiche Fachleute aus den Bereichen Energie, Bau und Finanzierung Hand in Hand mit der Stadt zusammen. Sie bildeten ein fest etabliertes Netzwerk, das sich regelmäßig an einen Tisch setzte.

Weitere Informationsangebote hielt die Initiative *e+haus* auf verschiedenen Veranstaltungen und Messen sowie bei ihren Qualifizierungs- und Schulungsangeboten bereit. Um die Angebote der Kampagne *e+haus* – Gebäude energetisch modernisieren bekannt zu machen, wurde ein Logo entwickelt, das das Thema optisch online und offline im Alltag der Bürger platziert. Das einheitliche Design ließ die Kampagne vor Ort wie eine „Marke“ wirken und steigerte so den Wiedererkennungswert.

Während des achtjährigen erfolgreichen Bestehens der Initiative *e+haus* gab es eine Reihe von Weiterentwicklungen und Neuerungen. Die Gründung der Regionalen Energieagentur Augsburg 2011 war dabei ein wichtiger Meilenstein. Lag bis dahin der Schwerpunkt der Initiative auf der Beratung von Hauseigentümern im Stadtgebiet Augsburg, bot die „Übersiedelung“ des *e+haus*-Projekts unter das Dach der Regionalen Energieagentur Augsburg die Chance regional zu wirken und weitere wichtige Handlungsfelder zu erschließen. Mit der Gründung der Regionalen Energieagentur Augsburg konnte auch der Baustein der persönlichen und neutralen Energieberatung reaktiviert werden.

Am 30.01.2013 fand das erste Treffen der „AG Privathaushalte“ unter dem Dach der Regionalen Energieagentur Augsburg statt. Die *e+haus*-Mitglieder beschlossen, die Marke *e+haus* aufzugeben, die Inhalte an die Regionale Energieagentur zu übertragen und durch weitere Themen, wie z.B. energieeffizienter Neubau, energetische Gebäudesanierung oder „smart home“ und Stromsparen im Haushalt zu ergänzen. Das Wirkungsfeld erstreckt sich seitdem auf die gesamte Region Augsburg – gemeinsam mit den angrenzenden Landkreisen Aichach-Friedberg und Augsburg-Land.

Koordinierende Stelle	Umweltamt der Stadt Augsburg, Abteilung Klimaschutz
Projektpartner	▪ Stadtwerke Augsburg Energie GmbH ▪ Augsburger-Energieberater-Netzwerk e.V. ▪ Bayerische Architektenkammer ▪ Energie Gemeinschaft Augsburg ▪ Handwerkskammer für Schwaben ▪ Kreishandwerkschaft Augsburg ▪ Stadtparkasse Augsburg

	Weitere Akteure seit dem „Umzug“ zur Regionalen Energieagentur Augsburg (AG Privathaushalte): ▪ Gebietskörperschaften (Stadt Augsburg, Landkreis Aichach-Friedberg, Landkreis Augsburg) ▪ Mitgliedskommunen der Regionalen Energieagentur Augsburg ▪ Bauinnung Augsburg ▪ Lechwerke (LEW) AG ▪ Erdgas Schwaben
Finanzierung	In der Anfangsphase wurde das Projekts über Beiträge, Spenden und Sponsoring der e+haus-Partner finanziert; ab 2013 über Projekt-Budget der Regionalen Energieagentur Augsburg (Regio Augsburg Energie e.V)
Projektzeitraum	Von 2006 bis 2013 e+haus, seit 2013 AG Privathaushalte unter dem Dach der Regionalen Energieagentur Augsburg.
Ansprechpartner	Martina Kieffer-Polat Adresse: Umweltamt der Stadt Augsburg, Abteilung Klimaschutz, An der Blauen Kappe 18,86152 Augsburg Telefon: 0821/3247342 E-Mail: martina.kieffer-polat@augsburg.de

3.2.2 Initiative Effizienz (Stadt Dortmund)

Dortmunds spezifische Unternehmens- und Hochschullandschaft verfügt über das Potenzial, technologieorientierte Lösungen für die verschiedenen Facetten des Themas Effizienz bereitzustellen. Der VDI/VDE-IT hat 2009 eine Standortanalyse durchgeführt, wonach ca. 40.000 Menschen in Dortmund bei Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen angestellt sind, die effiziente Produkte und Lösungen anbieten. Gleichzeitig sind vielfältige Möglichkeiten zur Umsetzung von Effizienzmaßnahmen, insbesondere bei den traditionellen Unternehmen, vorhanden. Dortmund steht als Standort des Mittelstands mit einem engen, technologisch orientierten Verbund von Industrie und Dienstleistung für den Wandel von der Industrie- über die Dienstleistungs- zur Wissensgesellschaft. Die Informationstechnologie, die Mikro- bzw. Nanotechnologie, die Biomedizin, die Logistik, die Produktionstechnologie und entsprechende affine Bereiche sowie das Handwerk repräsentieren die Innovationspotenziale der Stadt.

Der Standort Dortmund möchte sich aufgrund dieser positiven Ausgangslage am Zukunftsmarkt der Effizienztechnologien an vorderster Stelle positionieren und dabei neue und traditionelle Technologien miteinander verbinden. Damit dieses Ziel erreicht wird, wurde seitens der Stadt Dortmund die *Initiative Effizienz* ins Leben gerufen, um verschiedene Angebote zu den Schwerpunkten Effizienz und Nachhaltigkeit zusammenzuführen. Die Leitgedanken sind dabei, zum einen Aspekte des Klima- und Umweltschutzes zu fördern und zum anderen lokale Rahmenbedingungen zu schaffen, die über Prozess- und Produktinnovation einen zentralen Wettbewerbsvorteil generieren. Mit der *Initiative Effizienz* möchte die Stadt vorhandene Standortkompetenzen und standortrelevante Branchen unter einem kommunikativen Dach vereinen, branchenübergreifende Zusammenarbeit forcieren sowie einen regionalen Kern bilden, in dem sowohl Hersteller als auch Anwender zusammenarbeiten.

Die Wirtschaftsförderung der Stadt Dortmund übernimmt dabei eine netzwerkinitiierende und moderierende Rolle zu besonders erfolgversprechenden Schwerpunktthemen, wie Simulation,

Ressource, Mobilität und Energie. Die Netzwerke werden von einem zentralen Steuerkreis gemanagt, welcher zudem die Vielzahl bisheriger Initiativen zielführend zusammenbringt.

Die Angebote und Leistungen der *Initiative Effizienz* umfassen dabei insbesondere die folgenden Maßnahmen:

- Entwicklung innovativer Projekte und Produkte;
- Netzwerk KOSIM für Produktentwicklung und Prozessoptimierung;
- Effizienz bei Transport, Verkehr und Logistik sowie Elektromobilität;
- Initiativen zur Förderung des nachhaltigen Bauens;
- schonender Umgang mit Rohstoffen und Entwicklung neuer Recyclingverfahren;
- Unterstützung bei der Akquise von Fördermitteln;
- Federführung bei smart city und Horizon2020-Initiativen;
- gemeinsame Vermarktung z.B. auf Kongressen und Messen.

Im Rahmen der *Initiative Effizienz* werden darüber hinaus verschiedene Veranstaltungsreihen durchgeführt. Beispiele dafür sind u.a.:

- Veranstaltungsserie „Nachhaltige und Intelligente Gebäude“:
Die Veranstaltungsserie ist ein wichtiger Treffpunkt von Investoren, Planern, Betreibern und Hochschulangehörigen zum nachhaltigen Bauen in NRW. Seit 2010 sind vier Workshops mit Teilnehmern aus Unternehmen, Wissenschaft und Behörden zu gewerblichen und öffentlichen Gebäuden mit jeweils über 120 Akteuren durchgeführt worden. Die Serie zeigt das große Interesse an dem Austausch über Praxiserfahrungen und technische Innovationen des nachhaltigen Bauens und ist Ausdruck hoher Investitionsbereitschaft von Betreibern gewerblicher und öffentlicher Immobilien in NRW.
- Veranstaltungsserie „Westfälisches Energieforum“:
Das Westfälische Energieforum stellt neue Effizienztechnologien vor und soll dazu anregen, anhand präsentierter Best-Practice-Beispiele die Potenziale zu erkennen und zu nutzen. Es besteht die Möglichkeit, sich mit anderen Unternehmen auszutauschen und neue Erkenntnisse zu sammeln.

Koordinierende Stelle	Wirtschaftsförderung Dortmund – Eigenbetrieb der Stadt
Projektpartner	Die Projektpartner der Initiative Effizienz kommen aus der lokalen Wirtschaft, u.a. aus der Bauwirtschaft, Kreislaufwirtschaft, Energietechnik, Logistik, dem Handwerk sowie aus der Wissenschaft (u.a. TU Dortmund).
Projektzeitraum	Seit 2009
Ansprechpartner	Dr. Claudia Keidies Adresse: Wirtschaftsförderung Dortmund, Töllnerstraße 9-11, 44122 Dortmund Telefon: 0231/5029234 E-Mail: claudia.keidies@stadtdo.de Martin Prothmann Adresse: Wirtschaftsförderung Dortmund, Töllnerstraße 9-11, 44122 Dortmund Telefon: 0231/5024357 E-Mail: martin.prothmann@stadtdo.de

3.2.3 Masterplan Energiewende (Stadt Dortmund)

Gemeinsam mit einer Vielzahl gesellschaftlicher Akteure möchte die Stadt Dortmund den Herausforderungen der Energiewende mit der Entwicklung einer gesamstädtischen Strategie – dem *Masterplan Energiewende* – begegnen und damit das Thema in die Mitte der Gesellschaft rücken. Dazu fand im September 2012 eine Auftaktveranstaltung mit 120 Teilnehmenden statt, bei der Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung über die Handlungsfelder „Fachkräftesicherung“, „Energie“, „Ressourceneffizienz“, „Mobilität“ und „Klimaschutz/Klimafolgenanpassung“ referierten. Im Anschluss haben die Teilnehmenden in Kurzworkshops über mögliche Fokusthemen der Handlungsfelder und die Ausgestaltung der geplanten Beteiligungsplattformen diskutiert. Viele der Anwesenden haben ihre Mitwirkung am Prozess erklärt und sind bereit, sich an der Zukunftsgestaltung der Stadt zu beteiligen.

Daraufhin wurden in sogenannten „Themenwerkstätten“ zusammen Projektideen generiert und bearbeitet sowie Partner für neue Projekte gewonnen. Die wissenschaftliche Begleitforschung zum Prozess oblag der TU Dortmund unter Federführung des Institutes für Energiesysteme, Energieeffizienz und Energiewirtschaft. Zudem engagierten sich junge Wissenschaftler der FH Dortmund und der Fraunhofer-Institute. Die Begleitforschung bezog sich u.a. auf die Identifizierung und das Clustering von Schlüsselthemen und Erfolgskriterien im Zusammenhang mit der Energiewende sowie auf eine Umfeldanalyse und Umsetzungsberatung. Die Einbindung der TU und der Institute signalisiert, dass Kommunen und Unternehmen vor Ort als Vordenker, Treiber und Helfer die Umsetzung der Energiewende realisierbar machen und die Wissenschaft hier als wichtiger Partner einbezogen werden muss.

Der Erarbeitungsprozess zum *Masterplan Energiewende* wurde im März 2014 abgeschlossen. Als Ergebnis liegen elf große Leuchtturmprojekte sowie eine Vielzahl von Einzelprojekten vor. Der laufende Umsetzungsprozess des *Masterplans Energiewende* soll den Akteuren auch weiterhin Impulse für neue Projektideen geben und stetig weitere Projektpartnerschaften fördern. Grundlegendes Ziel ist es dabei, eine zivilgesellschaftlich getragene Strategie zur zukunftsfähigen, ressourceneffizienten Stadtentwicklung zu erarbeiten und gleichzeitig den Willen zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen zu stärken.

Geplant ist, dazu eine Leitstelle Energiewende Dortmund (L.E.D.) einzurichten, die die Umsetzung des *Masterplans Energiewende* sowohl fachlich-wissenschaftlich als auch koordinierend begleiten soll. Die Beteiligungskultur, die im Projekt entwickelt wurde, soll ebenso beibehalten werden wie der Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, kommunaler Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Initiativen, Verbänden und Institutionen. Ein Monitoring-System soll den fortlaufenden Abgleich mit weiteren Handlungsprogrammen und Masterplänen der Stadt Dortmund gewährleisten. Damit einher geht die Weiterentwicklung des Konsultationskreises Energieeffizienz und Klimaschutz (KEK) – welcher unter Leitung des Oberbürgermeisters der Stadt Dortmund Ulrich Sierau steht –, hin zu einer Beteiligungs-, Informations- und Vernetzungsplattform für alle Belange von Klimaschutz und Energiewende in Dortmund.

Koordinierende Stelle	Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates Stadt Dortmund. Spätere Koordination durch die geplante Leitstelle Energiewende Dortmund (L.E.D.)
Projektpartner	Intern: - Wirtschaftsförderung Dortmund Extern: - TU Dortmund (Institut für Energiesysteme, Energieeffizienz und Energiewirtschaft) - Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Initiativen, Verbänden und Institutionen
Projektzeitraum	Erarbeitungsprozess des Masterplans Energiewende von 2012 bis 2014. Seit 2014 läuft der Umsetzungsprozess.
Ansprechpartner	Michaela Bonan (Geschäftsstelle Masterplan Energiewende) Adresse: Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates Stadt Dortmund, Friedensplatz 5, 44122 Dortmund Telefon: 0231/5027490 E-Mail: michaela.bonan@stadtdo.de Kurt Pommerenke Adresse: Wirtschaftsförderung Dortmund, Töllnerstraße 9-11, 44122 Dortmund Telefon: 0231/5029219 E-Mail: kurt.pommerenke@stadtdo.de

3.2.4 Nachhaltige Energienutzung in Gewerbegebieten (Stadt Duisburg)

Im produzierenden Gewerbe fallen i.d.R. rund 50 Prozent der Gesamtkosten für Rohstoffe und Energie an, im Vergleich dazu liegen die Personalkosten gerade einmal bei etwa 20 Prozent. Um diesen enormen Kostenfaktor zu minimieren, dabei Firmen zu unterstützen und gleichzeitig die Umwelt zu schützen, hat die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg mbH (GFW) gemeinsam mit der Effizienz-Agentur NRW (EFA) sowie Vertretern der ThermoPlus WärmeDirektService GmbH und Akteuren der Interessengemeinschaft der Duisburger Gewerbegebiete Kaßlerfeld und Neuenkamp das Pilotprojekt *Nachhaltige Energienutzung in Gewerbegebieten* initiiert.

Einen Schwerpunkt bildet dabei die Nutzung von Abwasserwärme als Energiequelle. In unmittelbarer Nähe zu den Gewerbegebieten Kaßlerfeld und Neuenkamp verläuft parallel zur Ruhr ein großer Abwassersammler, der in ein Klärwerk mündet. Hier soll gemeinsam mit dem Betreiber des Klärwerks (Ruhrverband) untersucht werden, inwieweit die in den Abwasserleitungen entstehende Wärme genutzt werden kann. Die Wirtschaftsbetriebe Duisburg, welche ebenso, jedoch nicht in der gleichen Größenordnung Abwasserkanäle betreiben, haben sich dieser Idee angeschlossen. Der Projektpartner ThermoPlus überprüft, ob er ein tragfähiges Konzept aufstellen kann, um als Betreiber eines Ringsystems mit den vorhandenen Ressourcen – sprich Abwasserwärme – als Energiedienstleister agieren zu können. Das infrastrukturelle Ziel ist, Abwasserwärme als alternative Energiequelle nutzen zu können und so ressourceneffizienter zu wirtschaften.

In einem zweiten Schwerpunkt des Projekts *Nachhaltige Energienutzung in Gewerbegebieten* sollen 20 Unternehmen individuell unter die Lupe genommen und auf Energiesparpotenziale hin überprüft werden. Durch gute Beispiele soll die Sensibilisierung für das Thema Ressourceneffizienz im gesamten Gewerbegebiet steigen und gleichzeitig zur Nachahmung angeregt werden. Fünf

Betriebe aus den genannten Duisburger Gewerbegebieten nutzten im Jahr 2013 die Chance, mit Hilfe der Initialpartner ihre Produktionsprozesse zu untersuchen. Experten von der Westfälischen Hochschule begaben sich dazu auf die Suche nach „Ressourcenverschwendern“ und wurden fünfzig: Rund 70.000 Euro pro Jahr könnten die beteiligten Unternehmen durch die Realisierung der vorgeschlagenen Ressourceneffizienz-Maßnahmen einsparen. Zu den Vorreitern, die sich in Duisburg dem Thema geöffnet haben, zählen die Hermann Fliess & Co. GmbH, Tower Automotive, das FrischeKontor Duisburg, HSD-Schäfer GmbH und Neptun Delikatessen. In einem nächsten Schritt möchten die EFA NRW sowie die GFW Duisburg möglichst viele weitere Unternehmen aus Kaßlerfeld und Neuenkamp dazu ermuntern, dem Beispiel der ersten Pilotbetriebe zu folgen.

Abbildung 4 Kostenfreie Energiepotenzial-Beratung für Unternehmen vor Ort (Foto: Effizienz-Agentur NRW)



Koordinierende Stelle	Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg mbH
Projektpartner	▪ ThermoPlus WärmeDirektService GmbH ▪ Effizienz Agentur NRW (EFA) ▪ Interessengemeinschaft der Gewerbegebiete Kaßlerfeld und Neuenkamp e.V. (IGKN)
Finanzierung	Das Projekt wird von der EFA NRW, ThermoPlus WärmeDirektService GmbH, IGKN und GFW Duisburg mbH gemeinsam finanziert.
Projektzeitraum	Seit 2013
Ansprechpartner	Angel Alava-Pons Adresse: GFW Duisburg, Dr.-Hammacher-Straße 49, 47119 Duisburg Telefon: 0203/3639365 E-Mail: alava-pons@gfw-duisburg.de

3.2.5 *klima|werk|stadt|essen* (Stadt Essen)

Die Gestaltung einer integrierten, nachhaltigen und klimagerechten Stadtentwicklung ist ein Entwicklungsprozess, der sich auf ein breites Engagement in der Essener Stadtgesellschaft stützt. Der nachhaltige Umbau der urbanen Systeme, die verstärkte Kooperation mit Wissenschaft und Forschung sowie die lokale Wirtschaftsförderung sind dabei strategisch wichtige Zielbereiche der Stadt Essen.

Die *klima|werk|stadt|essen* steht vor allem für das Ziel, durch gemeinsames Handeln von Bürgern, Unternehmen, Wissenschaft, Verwaltung und Politik eine Vorreiterrolle im Klimaschutz zu übernehmen. Dieses Projekt soll allen die Möglichkeit geben, die Stadt Essen nachhaltig und klimagerecht zu gestalten, d.h. ihre zukunftsfähige Entwicklung zu sichern. Die *klima|werk|stadt|essen* unterstützt die Stadt Essen dabei, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Unter der Dachmarke *klima|werk|stadt|essen* sind alle interessierten Akteure eingeladen, an der Gestaltung dieses Prozesses teilzunehmen.

Die *klima|werk|stadt|essen* nimmt Einfluss auf klimarelevante Infrastrukturen, motiviert und vernetzt Aktive in Essen, informiert und schafft Räume für einen offenen Diskurs über klimaschonendes Zusammenleben in der Zukunft. Dabei generiert und testet sie neue Ideen u.a. in den Bereichen Gebäude, Mobilität, Stadtentwicklung und Energie. In der *klima|werk|stadt|essen* sind sämtliche Klimaschutzaktivitäten der Stadt gebündelt, z.B. in folgenden Projekten (Auswahl):

- ALTBAUNEU® ist ein kommunales Netzwerk zur energetischen Gebäudesanierung in NRW, das von der EnergieAgentur.NRW im Auftrag des NRW-Klimaschutzministeriums koordiniert wird. Neben der Stadt Essen haben sich 14 weitere Kommunen und Kreise aus Nordrhein-Westfalen zusammengeschlossen, um bei der energetischen Sanierung von Gebäuden umfassende Hilfestellung zu leisten.
- „Metropolradruhr“: Ziel dieses Projektes ist der Aufbau und der Betrieb eines großflächigen Netzes von Mietfahrrädern, um das Radfahren in der Ruhrregion zu fördern und damit sowohl den innerstädtischen Verkehr zu entlasten als auch die Schadstoffemissionen und den Lärm zu mindern.
- „meotec“: Die Vernetzung der gemeinsamen Kompetenz innovativer Technologie-Unternehmen der Region Mülheim an der Ruhr, Essen und Oberhausen (MEO) im Bereich Umwelt ist Ziel dieses Projekts. Nachhaltige Technologien sind eine besondere Stärke in der MEO-Region, Lösungen werden gezielt gesucht, entwickelt und erprobt. Für dieses Kompetenz-Cluster im Feld Sustainable Technology werden durch meotec notwendige Plattformen bereitgestellt und Netzwerkstrukturen unterstützt.
- „ESSEN. Neue Wege zum Wasser“: Diese Initiative trägt zu einer intelligenten Entwicklung der Essener Grünflächen und Parks bei. Das Projekt besteht aus vielen Einzelmaßnahmen und macht sich den Umbau des Emschersystems zunutze, indem es die wasserbaulichen und ökologischen Maßnahmen entlang der Fließgewässer ergänzt und vernetzt. In enger Kooperation mit der Emschergenossenschaft entstehen somit neue Grünverbindungen entlang von Wasserachsen. Zusätzlich führt der gegenwärtige Umbau aufgelassener Bahntrassen durch den Regionalverband Ruhr zu einer Ergänzung und Verdichtung des Radwegenetzes.

Innerhalb der *klima|werk|stadt|essen* dokumentiert die Klimaagentur Ergebnisse, Erfolgsfaktoren und Erkenntnisse der Arbeit und macht dieses Wissen allgemein zugänglich. So werden Impulse für das Zusammenwirken von Initiativen, Verbänden, Unternehmen und Verwaltung gegeben und so ein Mehrwert für eine Dynamisierung des Klimaschutzes auf allen Ebenen geschaffen.

Koordinierende Stelle	Klimaagentur Essen
Projektpartner	Intern: ▪ Umweltamt der Stadt Essen ▪ EWG – Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH ▪ Amt für Stadtplanung und Bauordnung Stadt Essen Extern: ▪ Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH ▪ Universität Duisburg-Essen ▪ Kulturwissenschaftliches Institut Essen ▪ Allbau AG ▪ Stadtwerke Essen AG ▪ und weitere
Projektzeitraum	Von 2011 bis 2015
Ansprechpartner	Dr. Erich Bauch Adresse: Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, Lindenallee 55, 45127 Essen Telefon: 0201/8202422 E-Mail: erich.bauch@ewg.de

3.2.6 Energieeffizienz-Netzwerk der Klima-Allianz Hannover 2020 (Landeshauptstadt Hannover)

Bis 2020 soll im Stadtgebiet Hannover der Kohlendioxidausstoß im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent verringert werden. Bürger, Unternehmen, Verbände und Organisationen, die Landeshauptstadt Hannover und die Stadtwerke Hannover AG engagieren sich gemeinsam für dieses Ziel in drei großen Netzwerken der Klima-Allianz Hannover 2020. Zu diesen Netzwerken gehört neben der *Partnerschaft für Klimaschutz* (Wohnungsbaugesellschaften und Verbände) und den *Multiplikatoren* (Kirchen, Parteien, Bildungsinstitutionen und Nicht-Regierungsorganisationen) auch das *Energieeffizienz-Netzwerk* (Unternehmen und Dienstleister).

Das *Energieeffizienz-Netzwerk* besteht aus mehr als 30 großen hannoverschen Unternehmen und entstand aus den Arbeitsgruppen „Industrie“ und „Bürogebäude“, die von 2007 bis 2008 am Klimaschutzkonzept mitgearbeitet haben. Dazu gehören große Industriebetriebe und Dienstleistungsunternehmen aus dem Versicherungs- und Bankenwesen, die einen hohen Energiebedarf haben. Die Vertreter der Betriebe im Netzwerk sind u.a. Umwelt-, Nachhaltigkeits- und Energiebeauftragte oder kommen aus den Bereichen Facility Management sowie aus der Unternehmenskommunikation. Sie treffen sich regelmäßig, um gemeinsam an Themen der Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien zu arbeiten. Hierbei werden Erfahrungen geteilt, Informationen über rechtliche und politische Vorgaben erörtert und neue Strategien entworfen. In kleineren Arbeitsgruppen findet der thematische Austausch, u.a. über technische Gebäudeausrüstung, Mitarbeitermotivation und gemeinsame Aktionen wie beispielsweise „multimobil“, eine Initiative zum Thema klimafreundliche Mobilität, statt.

Die Klimaschutzleitstelle der Landeshauptstadt koordiniert die Aktivitäten des *Energieeffizienz-Netzwerks*. Das gesamte Netzwerk trifft sich in der Regel zweimal jährlich im Plenum, daneben tagen die Arbeitsgruppen nach Bedarf. Ein externes Kommunikationsbüro moderiert diese, meist dreistündigen Workshops. Themen und Termine werden unter Beteiligung der Teilnehmer festgelegt. Die Treffen bieten Erfahrungsaustausch, Referate aus Forschung und Praxis, Einblicke in die Betriebe vor Ort und schließlich den Kontakt zu Vertretern der Stadt sowie den Kammern und Hochschulen. Darüber hinaus lebt das *Energieeffizienz-Netzwerk* aber vor allem von der aktiven Beteiligung aller Mitglieder, die immer wieder neue Impulse geben oder Beispiele aus ihren Betrieben zur Verfügung stellen.

Koordinierende Stelle	Klimaschutzleitstelle Landeshauptstadt Hannover
Projektpartner	Intern: ▪ Fachbereich Gebäudemanagement der Stadt Hannover Extern: ▪ Hannoverimpuls GmbH (Kommunale Wirtschaftsförderung) ▪ Stadtwerke Hannover AG ▪ Ingenieurkammer Niedersachsen ▪ Architektenkammer Niedersachsen ▪ Zehn aktive Industrie- und 20 Dienstleistungsunternehmen sowie Institutionen
Finanzierung	Die Finanzierung der Koordination und Moderation durch ein externes Kommunikationsbüro erfolgt aus dem städtischen Haushalt.
Projektzeitraum	Seit 2007
Ansprechpartner	Rainer Konerding Adresse: Klimaschutzleitstelle Landeshauptstadt Hannover (Fachbereich Umwelt und Stadtgrün), Prinzenstraße 4, 30159 Hannover Telefon: 0511/16846594 E-Mail: klimaallianz2020@hannover-stadt.de

3.2.7 Energieeffizienz in Kieler Unternehmen (Landeshauptstadt Kiel)

Die Landeshauptstadt Kiel führt seit 2010 – anfangs anlässlich der Messe „Gebäude und Energie“ – jährlich das Fachforum *Energieeffizienz in Kieler Unternehmen* durch. Dieses Forum gibt einen Überblick über aktuelle Programme zur Finanzierung und Förderung von Energieberatungen, Energiemanagement und Energieeffizienzmaßnahmen für Unternehmen. Praxisbeispiele zeigen, wie sich etwa mit Lastganganalysen Einsparpotenziale identifizieren lassen, wo sich LED-Beleuchtung im Unternehmen rechnet, welche innovativen Konzepte im Bereich Kühl- und Kältetechnik zum Einsatz kommen oder wie sich mit der Beschaffung effizienter PCs und Servertechnik Energie und damit Geld einsparen lässt.

Zusätzlich tagt einmal im Jahr ein „Runder Tisch“ von Führungskräften Kieler Unternehmen, die bereits Energieeffizienzprojekte umgesetzt bzw. ein Energiemanagement eingeführt haben. Ziel dieser Kompetenztreffen ist es, im kleinen Kreis Erfahrungen auszutauschen, neue Impulse zu erfahren sowie Probleme und Lösungen zu diskutieren.

Abbildung 5 LED-Einsatz in der Kieler Bäckerei „Brotgarten“ (Foto: Umweltschutzamt, Landeshauptstadt Kiel)



Koordinierende Stelle	Umweltschutzamt der Landeshauptstadt Kiel
Projektpartner	▪ IHK zu Kiel ▪ Investitionsbank Schleswig-Holstein
Finanzierungsart	Das Projekt wird aus Haushaltsmitteln der Landeshauptstadt Kiel finanziert.
Projektzeitraum	Seit 2010
Ansprechpartner	Jens-Peter Koopmann Adresse: Umweltschutzamt, Holstenstraße 108, 24103 Kiel Telefon: 0431/ 9013738 E-Mail: jens-peter.koopmann@kiel.de

3.2.8 KLIMAWERK.Partner (Hansestadt Lüneburg, Landkreise Lüneburg und Harburg)

Das Kompetenznetzwerk *KLIMAWERK.Partner* ist ein Projekt der KLIMAWERK Energieagentur GmbH & Co. KG und wurde 2006 ins Leben gerufen. Ziel ist es, durch die Vernetzung von regionalen Betrieben, Voraussetzungen zur Erhöhung der Sanierungsraten zu schaffen, die Wettbewerbsfähigkeit der Region durch das Netzwerk zu stärken und ein selbstverständliches Bewusstsein gegenüber energieoptimiertem Sanieren und Neubauen beim Endkunden zu fördern.

In enger Kooperation mit der Energieagentur begleiten die *KLIMAWERK.Partner* ihre Kunden von einer produktneutralen Energieberatung über die Planung und Finanzierung bis zur Ausführung von Baumaßnahmen. Die *KLIMAWERK.Partner* sind fachlich versierte Bauträger, Energieberater,

Fachhändler, Finanzierer, Handwerksbetriebe, Planer- und Sachverständige, die sich dem qualitäts- und energieoptimierten Bauen und Sanieren verschrieben haben. Gemeinsam bilden sie ein Kompetenznetzwerk regional etablierter Unternehmen, das nach kollektiven Werten handelt und somit gewerbeübergreifend eine gleichbleibende und hohe Qualität für die Kunden sicherstellt.

Jeder *KLIMAWERK.Partner* muss dabei gewerkespezifische Aufnahmekriterien erfüllen und verpflichtet sich bei Eintritt in das Netzwerk den sogenannten „Energie- und Qualitätskodex“ einzuhalten. Die Entwicklung der Aufnahmekriterien und die Überwachung der Qualitätsstandards wird durch den *KLIMAWERK Partnerbeirat* sichergestellt, dem die *KLIMAWERK.Partner* verschiedener Gewerke, kommunale Vertreter sowie ein ständiger Vertreter der *KLIMAWERK Energieagentur* angehören.

Seit der Gründung des Kompetenznetzwerks für Sanieren und Bauen wurden zahlreiche Projekte im Bereich der energieoptimierten Altbauusanierung erfolgreich abgeschlossen und energieoptimierte Neubauten wie zum Beispiel KfW-Effizienzhäuser oder Passivhaushäuser im Landkreis Lüneburg, der Hansestadt Lüneburg und dem Landkreis Harburg realisiert.

Weitere Leistungen werden von den *KLIMAWERK.Partnern* in folgenden Bereichen angeboten:

- Fördermittelberatung;
- Wärmeschutznachweise;
- Sachverständigennachweise;
- Hauskaufberatung;
- Gebäudeenergieausweise;
- gewerbliche Energieeffizienzberatung.



Abb. 6 Logo der KLIMAWERK.Partner (Quelle: KLIMAWERK Energieagentur GmbH & Co. KG)

Koordinierende Stelle	KLIMAWERK Energieagentur GmbH & Co. KG
Projektpartner	▪ Klimaschutzleitstelle Hansestadt und Landkreis Lüneburg ▪ Stabsstelle Klimaschutz Landkreis Harburg ▪ Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH für Stadt und Landkreis Lüneburg ▪ Handwerkskammer Lüneburg-Braunschweig-Stade ▪ Kreishandwerkerschaften des Kreises Harburg ▪ Sparkasse Lüneburg ▪ Leuphana Universität Lüneburg
Finanzierung	Von 2006 bis 2011 erfolgte die Finanzierung über die Jahresbeiträge der Partnerunternehmen, von September 2011 bis Dezember 2014 über EFRE-RTB-Fördermittel, kommunale Ko-Finanzierung der beiden Landkreise Lüneburg und Harburg sowie der Hansestadt Lüneburg und Jahresbeiträge der Partnerunternehmen.
Projektzeitraum	Seit 2006
Ansprechpartner	Christian Ters Adresse: KLIMAWERK Energieagentur GmbH & Co. KG, Münstermannskamp 1, 21335 Lüneburg Telefon: 04131/7898298 E-Mail: ters@klimawerk.de

3.2.9 Energieeffizienz im Gewerbe (Landeshauptstadt München)

Im Rahmen des Handlungsfelds *Energieeffizienz im Gewerbe* bietet das Referat für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München Betrieben ein Bündel von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz an. Die Unternehmen werden von der Verwaltung durch Fachinformationen, Workshops sowie bei der energieeffizienten Planung von Gebäuden unterstützt.

Im Einzelnen handelt es sich bei den Aktivitäten für Münchner Betriebe um fünf Maßnahmen:

1. Förderprogramm „Energieeffiziente Planung von Gewerbeneubauten“:
Bauherren, die auf ehemals städtischen oder auf privaten Gewerbeflächen im Stadtgebiet München einen gewerblichen Neubau errichten wollen, können einen Zuschuss für eine energieeffiziente Planung beantragen. Ziel des Beratungsprogramms ist es, Bauherren frühzeitig aufzuzeigen, wie durch vorausschauende Gebäudeplanung dauerhafte Potenziale für Energie- und damit Kosteneinsparungen erschlossen werden können. Als Ergebnis der Beratung erhalten die Bauherren einen Abschlussbericht, in dem drei Planungsvarianten mit unterschiedlicher Energieeffizienz zur Auswahl stehen. Antragsberechtigt sind kleine und mittlere Unternehmen.
2. Informationsinitiativen zu energieeffizienter Beleuchtung sowie Kühlung/Klimatisierung:
Im ersten Halbjahr 2014 richtete sich die Informationsinitiative „Licht an! Kosten runter! Münchner Unternehmen verbessern ihre Energieeffizienz“ des Referates für Arbeit und Wirtschaft an Münchner Unternehmen aus den Bereichen Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen. In drei halbtägigen Informationsveranstaltungen sowie durch die Bereitstellung von Fachinformationen und einem Selbstbewertungstool wurden die Betriebe praxisnah zum Thema energieeffiziente Beleuchtung informiert. An jeder Veranstaltung nahmen ca. 100 Firmen teil. Im zweiten Halbjahr 2014 startete die zweite Informationsinitiative zur energieeffizienten Kühlung „Kühlung cool denken. Kosten senken. Münchner Unternehmen verbessern ihre Energieeffizienz.“ An der Auftaktveranstaltung nahmen 80 Betriebe teil. Zwei weitere Termine folgen.
3. Kostenloser Energieberatungstag für kleine und mittlere Unternehmen:
Kleine und mittlere Unternehmen mit Sitz in München können einen kostenlosen Energieberatungstag im Wert von 800 Euro netto in Anspruch nehmen. Die Unternehmen erhalten als Ergebnis der Beratung einen Abschlussbericht über mögliche Energiesparmaßnahmen und ihre ökologische Wirkung sowie ihre ökonomische Effizienz.
4. Modellprojekt: Energetische Beratung in Filialen:
In einem Modellprojekt erhalten maximal zwei Unternehmen Zuschüsse für eine Beratung, den Aufbau einer Datenbank sowie die Durchführung von Workshops, die der Erhöhung der Energieeffizienz ihrer Filialen dienen. Eine Öko-Bäckerei hat das Projekt bereits begonnen.
5. Intensivierung und Fortführung von ÖKOPROFIT:
Das bereits seit 1998 laufende Beratungsprojekt ÖKOPROFIT zur Verbesserung des betrieblichen Umwelt- und Klimaschutzes wurde fortgeführt und der Bereich Energie intensiviert. In 2015/16 ist in München der Start eines Pilotprojekts mit dem Titel ÖKOPROFIT Energie geplant. Zudem werden das Marketing und die bundesweite Öffentlichkeitsarbeit intensiviert.

Koordinierende Stelle	Referat für Arbeit und Wirtschaft, Fachbereich Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt München
Projektpartner	Intern: ▪ Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München ▪ Baureferat der Landeshauptstadt München ▪ Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München Extern: ▪ Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern ▪ Handwerkskammer für München und Oberbayern ▪ Handelsverband Bayern ▪ Eberhard von Kuenheim Stiftung ▪ Arqum GmbH
Finanzierung	Mittel aus dem Verwaltungshaushalt: ca. 150.000 Euro brutto pro Jahr (2013 und 2014).
Projektzeitraum	Das Projekt wurde zunächst für den Zeitraum 2013 bis 2014 finanziert und durchgeführt. Eine Fortsetzung und Weiterentwicklung ist derzeit in Planung (Stand September 2014).
Ansprechpartner	Ulfried Müller Adresse: Referat für Wirtschaft und Arbeit, Herzog-Wilhelm-Straße 15, 80331 München Telefon: 089/23327668 E-Mail: ulfried.mueller@muenchen.de Dr. Ursula Triebswetter Adresse: Referat für Wirtschaft und Arbeit, Herzog-Wilhelm-Straße 15, 80331 München Telefon: 089/23321290 E-Mail: ursula.triebswetter@muenchen.de

3.2.10 *green.economy.nuernberg* (Stadt Nürnberg)

Die Initiative *green.economy.nuernberg* versteht sich als erste Anlaufstelle für Nürnberger Unternehmen in Bezug auf Ressourcen- und Energieeffizienz. Sie fördert die Entwicklung und Anwendung „grüner Technologien“ am Standort Nürnberg. Zu den sogenannten grünen Technologien zählen: Energieeffizienz, umweltfreundliche Energien und Energiespeicherung, Rohstoff- und Materialeffizienz, Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Mobilität sowie nachhaltige Wasserwirtschaft. In diesem Projekt agieren regionale Schlüsselakteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Beratung und Multiplikatoren.

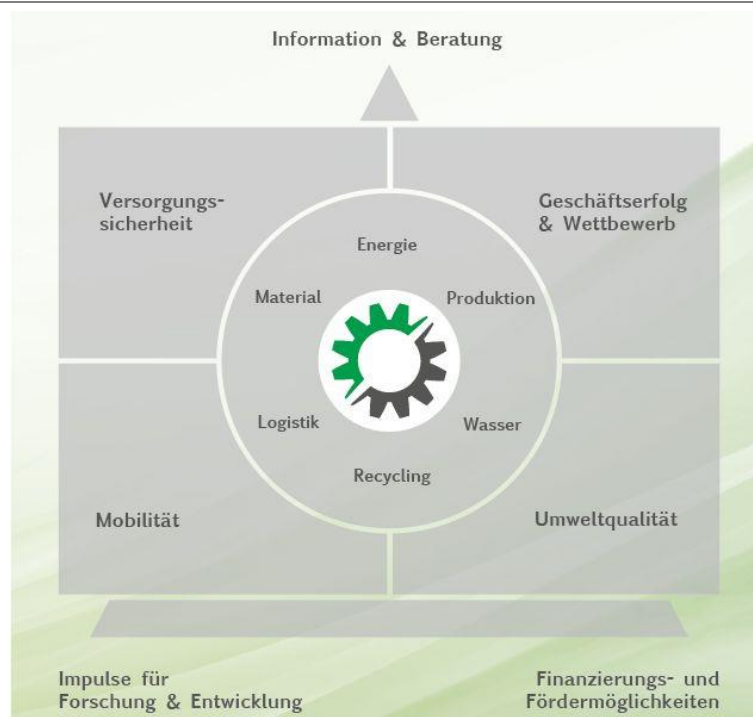
Mit der Initiative unterstützt das Wirtschaftsreferat der Stadt Nürnberg den Ausbau von Forschung und Entwicklung für den effizienten Umgang mit Ressourcen und Energie sowie technologische Leitprojekte. Gleichmaßen setzt sich die Initiative *green.economy.nuernberg* für die verstärkte Nutzung von Umwelttechnologien in der Wirtschaft ein, um die Wettbewerbsfähigkeit in allen Nürnberger Wirtschaftszweigen zu sichern. Die Stadt soll durch die Aktivitäten der Unternehmen als Standort für „grüne Technologien“ sichtbarer werden und Nürnberg als zukunftsfähigen High-tech- und Industriestandort positionieren.

Im Rahmen der Initiative wurde ein runder Tisch „Green Production“ als Networkingplattform für den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ins Leben gerufen. Ergänzend finden regelmäßige Informationsveranstaltungen über Ressourcen- und Energieeffizienz für den Nürnberger Mittelstand statt. Geplant sind weitere Maßnahmen zur besseren Implementierung von Ressourcen- und Energieeffizienz in der Wirtschaft.



Abb. 7 Logo der Initiative *green.economy.nuernberg* (Quelle: Wirtschaftsförderung, Stadt Nürnberg)

Abbildung 8 Themenschwerpunkte der Initiative *green.economy.nuernberg* (Grafik: Wirtschaftsförderung, Stadt Nürnberg)



Koordinierende Stelle	Wirtschaftsförderung Nürnberg gemeinsam mit der ENERGIEregion Nürnberg e.V.
Projektpartner	<i>green.economy.nuernberg</i> wird von folgenden Projektträgern durchgeführt: ▪ Verein Deutscher Ingenieure (Bezirksverein Bayern-Nordost) ▪ Energie Campus Nürnberg ▪ Energieagentur Nordbayern ▪ Bayerisches Technologiezentrum für privates Wohnen – EHome-Center ▪ Fraunhofer Institut für Integrierte Systeme und Bauelementetechnologien ▪ Your Expert Cluster Hinzu kommen weitere Netzwerkpartner aus der Nürnberger Wirtschaft.
Finanzierung	Überwiegend aus städtischen Mitteln.

Projektzeitraum	Seit 2013
Ansprechpartner	Simon Reichenwallner Adresse: ENERGIEregion Nürnberg e.V., Fürther Straße 244a, 90429 Nürnberg Telefon: 0911/2529624 E-Mail: simon.reichenwallner@energieregion.de Peter Schmidt Adresse: Wirtschaftsförderung Nürnberg, Theresienstraße 9, 90403 Nürnberg Telefon: 0911/2318528 E-Mail: peter.schmidt@stadt.nuernberg.de

3.2.11 *Energie für Geisweid* (Stadt Siegen)

In Zeiten steigender Energiepreise und steigenden Energiebedarfs ist es besonders wichtig, neue Ideen zu entwickeln, um das vorhandene Energiepotenzial optimal zu nutzen. Zu den verfügbaren Energieressourcen gehören dabei auch solche, die während der Fertigung von Produkten zwangsläufig entstehen, denn häufig wird dabei ein großer Teil der Primärenergie später ungenutzt an die Umwelt abgegeben. Natürlich war es schon immer das Bestreben der Ingenieure, Prozesse energieeffizient auszulegen oder die überschüssige Energie im Prozess anderweitig zu nutzen. Im Hinblick auf weltweite Energieknappheit und steigende Energiepreise ist es sinnvoll, einige Prozesse zu überdenken und neue, wirtschaftliche Möglichkeiten der Energierückgewinnung zu entwickeln. Unter Wärmerückgewinnung werden dabei Maßnahmen verstanden, die die im Prozess zunächst überschüssige Wärme wieder nutzbar machen und somit den Verbrauch an zusätzlicher Primärenergie (z.B. Erdgas, Heizöl) senken. In der erweiterten Umgebung des ursprünglichen Prozesses kann hochwertige Wärme zunächst noch verstromt werden. Wärme auf niedrigerem Temperaturniveau eignet sich hingegen als Prozesswärme sowie zur Heizung und Kühlung von Gebäuden.

Im Siegener Stadtteil Geisweid befindet sich ein Elektro-Stahlwerk der Deutschen Edelstahlwerke. Die Abwärme des Elektrolichtbogenofens und des Walzwerks (insgesamt ca. 15 Megawatt) wird zurzeit ungenutzt an die Umwelt abgegeben. Ziel des Projekts *Energie für Geisweid* ist es daher, diese Abwärme aus dem Produktionsprozess auszukoppeln. Da die Abwärme auf relativ hohem Temperaturniveau zur Verfügung steht, kann sie teilweise noch zur Verstromung genutzt werden. Die übrige Abwärme soll über ein Nahwärmenetz verteilt werden und so zur Gebäudeheizung sowie als Prozesswärme nutzbar gemacht werden. Beispiele für Nah- und Fernwärmenetze gibt es in Deutschland bereits eine ganze Reihe. Neu am Projekt *Energie für Geisweid* ist, dass die Abwärme von vergleichsweise kleinen Industrieprozessen als Energiequelle genutzt werden soll. Die Deutschen Edelstahlwerke (DEW) kooperieren dabei durch ihre Bereitschaft, überschüssige Energie im Werk Geisweid zu sehr günstigen Konditionen zur Verfügung zu stellen.

So entstand die Idee, die überschüssige Wärme im Stadtteil Geisweid für verschiedene Zwecke einzusetzen und ein auf die Region zugeschnittenes Konzept für die Nutzung industrieller Überschussenergien zu entwickeln. Es wurde eine Projektgruppe gegründet, die auch von der Stadt Siegen sehr viel Rückenwind bekam. Nach ersten Vorgesprächen wurden alle interessierten Unternehmer im Umfeld von ca. zwei Kilometern zu einer Informationsveranstaltung am 15.10.2013 eingeladen. Das Echo auf diese Veranstaltung war sehr positiv, so dass in der Folge unter Beteiligung von ortsansässigen Banken und Unternehmen sowie der Bürgerenergiegenossenschaft Südwestfalen die Projektgesellschaft Energie für Geisweid GmbH gegründet werden konnte. Diese Projektgesellschaft hat eine konkrete Trassenplanung ausgearbeitet und die dazugehörige Wirtschaftlichkeitsberechnung vorgenommen. In diesem Zusammenhang ist das Konzept für eine erste Ausbaustufe entwickelt worden, deren Realisierung bei weiterer positiver Entwicklung im Jahr 2015 in Angriff genommen wird.

Koordinierende Stelle	Wirtschaftsförderung der Stadt Siegen (Fachbereich 1)
Projektpartner	▪ TMT – Tapping, Measuring, Technology GmbH ▪ Siegener Versorgungsbetriebe ▪ Deutsche Edelstahlwerke GmbH ▪ Bürgerenergiegenossenschaft Südwestfalen e.G. ▪ Sparkasse Siegen (über Siegerlandfond) ▪ Volksbank Siegerland e.G. ▪ Universitätsstadt Siegen
Finanzierung	Der gesamte Finanzierungsaufwand wurde auf ca. zehn bis 20 Millionen Euro geschätzt, wobei für die erste Ausbaustufe ein Volumen von vier Millionen Euro im Raum steht. Dazu ist eine 60- bis 70-prozentige Fremdfinanzierung vorgesehen. Das erforderliche Eigenkapital wird von der Bürgerenergiegenossenschaft und den beteiligten Industrieunternehmen aufgebracht.
Projektzeitraum	Beginn: 2013; Basisplanung: 2014; Realisierung der ersten Ausbaustufe: 2015; Realisierung weiterer Ausbaustufen: 2016 bis 2018.
Ansprechpartner	Dr.- Ing. Jochen Grisse Adresse: Energie für Geisweid GmbH, Hagener Straße 103, 57076 Siegen Telefon: 0170/3521832 E-Mail: jochen.grisse@tmt.com Thomas Runge Adresse: Fachbereich 1 Wirtschaftsförderung der Stadt Siegen, Weidenauer Straße 211-213; 57076 Siegen Telefon: 0271/404-2527 E-Mail: t.runge@siegen.de

3.2.12 Neue Effizienz (Bergisches Städtedreieck)

Das Bergische Städtedreieck Wuppertal, Solingen und Remscheid hat die Dachmarke *Neue Effizienz* initiiert, um die Ressourceneffizienz in der Region nachhaltig zu verbessern. Darüber hinaus sollen mit der Initiative die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Bergischen Land weiter gestärkt und durch Aufzeigen von Handlungsspielräumen möglichst viele Firmen in der Region für das Zukunftsthema Ressourcen- und Energieeffizienz begeistert werden.

Die eigens dazu gegründete „Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH“ bringt zu diesem Zweck Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen in einem Netzwerk unter dem Namen *Neue Effizienz* zusammen. Die Initiatoren sind sich sicher, dass vor allem durch das vernetzte Arbeiten an Projekten der entscheidende Mehrwert für die Unternehmen in der Region erzielt werden kann. Die Leitthemen des Netzwerks sind dabei „Produktion und Produkte“, „Effiziente Gebäude und Infrastruktur“ sowie „Bildung und Qualifizierung“.



Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH

Unter der Marke *Neue Effizienz* werden den Unternehmen in der Region folgende Leistungen geboten:

- Servicestelle für Unternehmen, die im Bereich Ressourceneffizienz etwas ändern wollen;

Abb. 9 Logo der Neuen Effizienz (Quelle: Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH)

- Netzwerkkoordinator für das branchenübergreifende Querschnittsthema Ressourceneffizienz;
- Organisation von Arbeitsgruppen und Workshops;
- Initiator von Projekten zum Thema Ressourceneffizienz;
- Begleiter von Projektförderanträgen;
- Vermarktung regionaler Kompetenz, z.B. über Kongresse, Messen o.Ä.;
- Inkubator für internationale Netzwerke zur Steigerung der Ressourceneffizienz.

Darüber hinaus organisiert die *Neue Effizienz* Veranstaltungen, zum Beispiel die Reihe „Herausforderung Energie“ mit dem Schwerpunkt Energie in der Industrie, „Tatort Unternehmen“ zur Identifizierung von Effizienzpotenzialen in Firmen, das „Effizienzfrühstück“ bei produzierenden Betrieben oder die Veranstaltungsreihe „Licht aus, Spot an“ bei welcher der Kostenfaktor Energie in der Gastronomie und potenzielle Einsparmöglichkeiten in gastronomischen Betrieben die übergeordneten Themen sind. Des Weiteren ist die *Neue Effizienz* als An-Institut an die Bergische Universität Wuppertal angegliedert.

Koordinierende Stelle	<i>Neue Effizienz</i> – Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH
Projektpartner	Anteilseigner: ■ WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH ■ KNIPEX – Werk C. Gustav Putsch KG ■ Exor GmbH ■ Stadtwerke Solingen ■ EWR GmbH ■ Bergische Universität Wuppertal ■ Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH ■ Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR ■ Wirtschaftsförderung Solingen GmbH ■ Stadt Remscheid ■ Bergische Entwicklungsagentur GmbH ■ diverse Unternehmen, die im Förderverein der Bergischen Gesellschaft zur Ressourceneffizienz e.V. verbunden sind Weitere Partner u.a.: ■ Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production GmbH ■ Effizienz-Agentur.NRW ■ EnergieAgentur.NRW ■ IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid ■ VDI Zentrum Ressourceneffizienz ■ Forschungsgemeinschaft Werkzeuge und Werkstoffe e.V. (FGW) ■ Fachverband Werkzeugindustrie e.V.
Finanzierung	Die <i>Neue Effizienz</i> wird getragen durch die Gesellschafter und gefördert durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen.
Projektzeitraum	Seit 2012

Ansprechpartner	Jochen Stiebel Adresse: Neue Effizienz – Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH, Lise-Meitner-Straße 1-13, 42119 Wuppertal Telefon: 0202/31713134 E-Mail: stiebel@neue-effizienz.de
------------------------	---

3.3 Soziale Aspekte

3.3.1 Nachhaltige Schülerfirmen (Landeshauptstadt Hannover)

Nachhaltige Schülerfirmen sind Schulprojekte, die sich an realen Unternehmen orientieren. Die Schüler produzieren und verkaufen Produkte oder bieten Dienstleistungen an und berücksichtigen dabei ökologische und soziale Belange. Sie setzen eine Geschäftsidee um, lernen alle Aspekte der Firmengründung und Betriebsführung kennen und erzielen mit ihren Produkten Einnahmen. Die Schüler eignen sich dabei wichtige Schlüsselqualifikation an, die für den Einstieg in den Beruf von Bedeutung sind.

Das Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüro der Landeshauptstadt Hannover unterstützt Schulen im Stadtgebiet bei der Gründung und beim Betrieb von nachhaltigen Schülerfirmen und arbeitet dabei mit dem Fachbereich Bibliothek und Schule sowie dem Fachbereich Wirtschaft zusammen. Mit dem niedersachsenweiten Netzwerk „Nachhaltige Schülerfirmen“ der Landesschulbehörde gibt es ebenfalls eine enge Kooperation.

Abbildung 10 Schüler-Werkstatt für Fahrräder (Foto: Udo Büsing, Landeshauptstadt Hannover)



Folgende Leistungen werden für Schülerfirmen bzw. Schulen, die eine solche Firma gründen wollen, kostenlos angeboten:

- Beratung in organisatorischen, finanziellen und rechtlichen Fragen bei Gründung und Betrieb der Schülerfirmen;
- Vermittlung von Experten bei der Produktwahl und der Umsetzung von Nachhaltigkeitsaspekten;
- Informationsveranstaltungen für Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen;
- Fortbildungen und Workshops zu Themen wie Präsentation, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Buchführung oder rechtliche Grundlagen;
- Erfahrungsaustausch im Rahmen eines regelmäßig tagenden Arbeitskreises;
- Bereitstellung von Informationsmaterialien (z.B. Broschüre „Alles was Recht ist!“ mit rechtlichen Hinweisen);

- Ausleihe einer Kiste mit Unterrichtsmaterial und Informationsbroschüren rund um das Thema Schülerfirmen;
- Ausleihe eines Marktstandes für die Präsentation auf Schulfesten, Märkten etc.

Die Schüler reparieren Fahrräder, bieten gesunde Pausensnacks an, verkaufen Schulmaterialien und Hefte aus Recyclingpapier, bauen Nistkästen, stellen Honig her oder geben Computerkurse. Dabei betreiben die Schülerfirmen in vielfacher Hinsicht Ressourcenschutz, indem sie Produkte aus Recyclingpapier nutzen, Energie und Wasser sparsam einsetzen, Abfall vermeiden, Altmaterial verarbeiten, Reparaturen anbieten und sich mit regenerativen Energien auseinandersetzen. Im Sinne des nachhaltigen Konsums werden darüber hinaus soziale Aspekte – u.a. die globale Auswirkung des Konsums – berücksichtigt, was sich z.B. in einem Angebot fair gehandelter Produkte ausdrückt.

Viele weiterführende Schulen in Hannover beteiligen sich am Projekt *Nachhaltige Schülerfirmen* und haben bereits mehr als 20 Schülerfirmen gegründet.

Koordinierende Stelle	Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüro der Landeshauptstadt Hannover
Projektpartner	Intern: ▪ Wirtschafts- und Umweltdezernat der Landeshauptstadt Hannover ▪ Fachbereich Bibliothek und Schule der Landeshauptstadt Hannover Extern: ▪ Netzwerk Nachhaltige Schülerfirmen (Träger Landesschulbehörde Niedersachsen)
Projektzeitraum	Seit 2005
Ansprechpartner	Udo Büsing Adresse: Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüro der Landeshauptstadt Hannover, Trammplatz 2, 30159 Hannover Telefon: 0511/16846596 E-Mail: agenda21@hannover-stadt.de

3.3.2 Fairtrade-Town (Stadt Ingolstadt)

Ziel der *Fairtrade-Town* Kampagne ist es, durch den Verkauf fair gehandelter Produkte, Produzentengruppen in wirtschaftlich benachteiligten Regionen – vor allem in den Ländern des Südens – gezielt zu unterstützen und so deren Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Mittlerweile gibt es weltweit in 24 Ländern über 1.300 sogenannte *Fairtrade-Towns*, darunter London, Rom, Brüssel und San Francisco. In Deutschland wird das *Fairtrade-Town*-Projekt von TransFair e.V. getragen.

In Ingolstadt verwendet eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen faire Produkte und setzt sich somit auch dafür ein, dass diese Produkte einer breiteren Öffentlichkeit bekannt werden. So werden beispielsweise in den Kantinen der Stadt Fairtrade-Produkte angeboten. Sowohl die Evangelischen Kirchengemeinden und das Evangelische Dekanat als auch die Katholischen Pfarreien und das Katholische Dekanatsbüro Ingolstadt verwenden faire Waren. Viele Kirchengemeinden werden

so als Multiplikatoren für die Mitglieder ihre Pfarrgemeinde tätig. Verschiedene Schulen engagieren sich ebenfalls, indem sie faire Produkte kaufen und fair gehandelte Artikel verkaufen. So besitzt z.B. die Gnadenthal-Mädchen-Realschule einen Verkaufswagen, der für den Pausenverkauf oder bei Veranstaltungen der Schule eingesetzt wird; auch an der Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule werden im Pausenverkauf fair gehandelte Waren angeboten.

Ausgehend davon hat sich Ingolstadt im Jahr 2012 für den Titel *Fairtrade-Town* beworben. Dazu musste die Stadt in ihrem Antrag die folgenden fünf Kriterien erfüllen:

- Die Kommune verabschiedet einen Ratsbeschluss zur Unterstützung des fairen Handels.
- Eine lokale Steuerungsgruppe wird gebildet, die auf dem Weg zur *Fairtrade-Town* die Aktivitäten vor Ort koordiniert. Diese Gruppe besteht aus mindestens drei Personen aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft.
- In den lokalen Einzelhandelsgeschäften sowie in Cafés und Restaurants werden mindestens zwei Produkte aus fairem Handel angeboten. Richtwert ist hier die Einwohnerzahl der Kommune.
- Produkte aus fairem Handel werden in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen und Kirchen verwendet. Darüber hinaus werden Bildungsaktivitäten zum Thema fairer Handel umgesetzt, oft im Rahmen weiterer Kampagnen von TransFair e.V.
- Die örtlichen Medien berichten über alle Aktivitäten auf dem Weg zur *Fairtrade-Town*.

Nach Erfüllung der aufgeführten Kriterien wurden der Stadt Ingolstadt im Rahmen eines Festaktes im Historischen Sitzungssaal des Alten Rathauses am 4. Februar 2014 der Titel *Fairtrade-Town* verliehen und die Urkunde überreicht.

Koordinierende Stelle	Sachgebiet Statistik und Stadtforschung/Agenda-Büro Ingolstadt
Projektpartner	■ Katholische und Evangelische Dekanate ■ private Unternehmen ■ Weltladen Ingolstadt ■ Weitere
Projektzeitraum	Die Vorbereitungen zum Antrag liefen von 2012 bis 2014; seit Februar 2014 ist Ingolstadt offiziell Fairtrade-Town.
Ansprechpartner	Helmut Schels Adresse: Sachgebiet Statistik und Stadtforschung/Agenda Büro der Stadt Ingolstadt, Spitalstraße 3, 85049 Ingolstadt Telefon: 0841/305-1240 E-Mail: helmut.schels@ingolstadt.de

3.3.3 SIA – Stuttgarts Innovative Arbeitgeber (Landeshauptstadt Stuttgart)

Für viele Betriebe ist soziale Unternehmensverantwortung schon heute eine Selbstverständlichkeit. Sie kümmern sich um die Gesundheit, Sicherheit und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter, gehen verantwortungsvoll mit ihren Kunden um und achten auf eine umweltfreundliche Produktion. Sie sind sich ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewusst. Trotzdem fehlt manchem

Unternehmen noch die strategische Ausrichtung dieser Aktivitäten am Kerngeschäft, was aber Voraussetzung für deren dauerhaften Erfolg ist. Häufig liegt dies an mangelnden Ressourcen oder fehlenden Informationen darüber, welche Möglichkeiten soziale Unternehmensverantwortung bietet und worin der wirtschaftliche Nutzen liegt.

Gleichzeitig wird in Zeiten von Globalisierung, technologischem Wandel und demografischen Entwicklungen verantwortliches Handeln für den Geschäftserfolg immer wichtiger. Die Auswirkungen des demografischen Wandels, insbesondere der Fachkräftemangel und die Überalterung von Belegschaften, sowie die Verknappung von Rohstoffen und geänderte Erwartungen von Kunden in punkto Umweltschutz stellen für Unternehmen besondere Herausforderungen dar.

Kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bieten sich besondere Chancen für Wettbewerbsvorteile durch sozial verantwortliches Handeln. Die Verbindung zu ihren Mitarbeitern und ihrem Standort sind in der Regel enger und persönlicher als bei großen Unternehmen. Transparenz lässt sich bei KMU viel leichter über die gesamte Wertschöpfungskette herstellen. Dadurch entstehen strategische Vorteile, die sich langfristig auszahlen. An dieser Stelle setzt das Projekt *SIA – Verantwortung und Erfolg im Mittelstand* an. SIA steht dabei für „Stuttgarts Innovative Arbeitgeber“. Stuttgarter Unternehmen aller Branchen mit bis zu 60 Beschäftigten können an diesem kostenfreien Pilotprojekt der Wirtschaftsförderung Stuttgart teilnehmen.

Abbildung 11 SIA-Dialog der Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Stuttgart (Foto: Jigal Fichtner)



Eine Kernaufgabe der Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt ist die Unterstützung der wirtschaftlichen Dynamik und damit die Schaffung sowie die Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Ein besonderes Anliegen ist es dabei, den Mittelstand als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung zu stärken. Durch Beratung, Qualifizierung und Unterstützung bei der Umsetzung von Maßnahmen hilft das SIA-Angebot, kleine und mittelständische Unternehmen fit für die Entwicklungen der Zukunft zu machen.

Zu den Aufgaben der Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Stuttgart im SIA-Projekt gehören:

- die Projektleitung;
- der Aufbau und das Management des Netzwerks *SIA – Verantwortung und Erfolg im Mittelstand*;
- die Öffentlichkeitsarbeit.

Das Projekt umfasst dabei die folgenden Angebote:

- Ein Beratungsangebot, welches speziell auf die Bedürfnisse von KMU zugeschnitten ist und das zur Umsetzung konkreter Maßnahmen führt;
- Schulungen für Inhaber von KMU und deren Belegschaft;
- ein Netzwerk für Informations- und Erfahrungsaustausch.

Die Vorteile, welche die Betriebe aus einer Teilnahme am SIA-Projekt ziehen können sind:

- Motivation der Mitarbeiter erhöhen und das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken;
- Bindung der Mitarbeiter an das Unternehmen festigen;
- Image als sozial verantwortliches Unternehmen aufbauen;
- die Marktchancen insbesondere in der Region verbessern.

Koordinierende Stelle	Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Stuttgart
Projektpartner	■ Kolping-Bildungswerk-Württemberg e.V. ■ uve GmbH für Managementberatung
Finanzierung	Die Initiative wird im Rahmen des Programms „CSR ¹ – Gesellschaftliche Verantwortung im Mittelstand“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Die Verteilung der Gesamtkosten gestaltet sich wie folgt: 65 Prozent ESF Mittel, 15 Prozent Bundesmittel und 20 Prozent Eigenanteil.
Projektzeitraum	Von 2012 bis 2014
Ansprechpartner	Christiane Hagmann-Steinbach Adresse: Wirtschaftsförderung Landeshauptstadt Stuttgart, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart Telefon: 0711/21660259 E-Mail: wifoe@stuttgart.de

¹ Corporate Social Responsibility.

3.4 Stoffkreislauf- und Flächenmanagement

3.4.1 *Cradle to Cradle Business Innovation & Improvement Zones* (Stadt Bielefeld)

Die Stadt Bielefeld ist Partner des INTERREG-IV B-Projekts *Cradle to Cradle Business Innovation & Improvement Zones* (C2C-BIZZ). In diesem Projekt soll eine Konzeption zur Entwicklung von Gewerbeflächen nach der „Cradle to Cradle-Philosophie“ in Europa erarbeitet werden.

Angesichts immer knapper werdender Ressourcen ist der Umgang mit Rohstoffen und Energie ein Thema, das zukünftig mehr Beachtung finden muss. Das Cradle to Cradle-Prinzip (C2C) basiert auf der Auffassung, dass Umweltschutz nur erfolgreich sein kann, wenn Produkte im Hinblick auf ihren gesamten Lebenszyklus entwickelt werden. Produkte und Materialien, die entweder als „biologische Nährstoffe“ in biologischen Kreisläufen oder als „technische Nährstoffe“ in technischen Kreisläufen kontinuierlich gehalten werden, verursachen weder Umweltverschmutzung noch tragen sie zum weiteren Abbau der Ressourcen bei.

Cradle to Cradle-Produkte produzieren daher keinen Abfall und sind eine Antwort auf drängende Herausforderungen unserer Zeit. Die C2C-Philosophie baut auf drei Prinzipien auf:

- Es gibt keinen Abfall, alles ist – wie in der Natur – wieder verwendbar;
- Nutzung erneuerbarer Energien;
- Entwicklung von Vielfalt, d.h. vielfältige Nutzung und Einbindung der Umgebung.

Ziel des C2C-BIZZ-Projektes ist es, die aktuelle Umsetzung der C2C-Methoden in Europa und darüber hinaus zu verbessern und die Entwicklung der C2C-Prinzipien auf Gewerbeflächen zu beschleunigen. Da die C2C-Philosophie bei den entsprechenden kommunalen Fachressorts häufig noch keine besondere Rolle spielt, unterstützt die Europäische Union den innovativen Ansatz des Projekts, die C2C-Philosophie bei der Entwicklung von Gewerbeflächen anzuwenden. Das Interesse der EU an dem Projekt beruht darauf, dass die Entwicklung von C2C-Standorten einen transnationalen Ansatz erfordert. Mit der Erprobung diverser Aspekte an mehreren Pilot-Standorten in unterschiedlichen geographischen, institutionellen und kulturellen Konstellationen können sich völlig neuartige Modell-Lösungen bzw. Leitlinien für künftige Erschließungen von Gewerbeflächen und Unternehmensplanungen in Europa und sogar darüber hinaus ergeben.

In Bielefeld hat sich ein Projektteam zum Thema C2C gebildet. Diese Arbeitsgruppe besteht aus sieben Mitgliedern, welche aus den Bereichen Verwaltung, Energieversorgung sowie aus der Wirtschaft kommen.

Das Projekt gliedert sich dabei in vier Arbeitsbereiche:

- Aufbau eines C2C Wissens- und Transfer-Centers;
- geschlossene Abfall- und Materialkreisläufe;
- Lösungen für erneuerbare Energien;
- Entwicklung von Vielfalt auf Gewerbeflächen.

Das Projekt verfolgt das Ziel, eine neue Form des Gewerbeflächen-Managements in Nordwesteuropa einzuführen. Ferner sollen finanzielle, planerische, unternehmerische und technische Tools für Planung, Bebauung und Management von C2C-Gewerbeflächen erstellt werden. Das Projektteam in Bielefeld hat dabei den Auftrag, im Rahmen einer Studie zu prüfen, ob und wie die C2C-Philosophie auf Gewerbeflächen anwendbar ist. Dazu sind Gestaltungsgrundsätze für Gewerbeflächen zu entwickeln. Bei der Konzeption sollen modellhafte Planungen erarbeitet werden, die von Anfang an der C2C-Philosophie entsprechen, z.B. Ideen zur flexiblen Gestaltung von Gebäuden und Umgebung, Berücksichtigung der Natur, nachhaltiges Bauen, vielfältige Nutzung. Darüber hinaus wird Bielefeld über die transnationale Zusammenarbeit an allen weiteren Arbeits-

ergebnissen des Projekts partizipieren und von der Kooperation mit den anderen Projektpartnern profitieren können.

Weitere Schwerpunkte für das Bielefelder Team sind die Themen „Lösungen für erneuerbare Energien“ und „Entwicklung von Vielfalt auf Gewerbeflächen“. Der Einsatz fossiler Energieträger auf Gewerbeflächen soll dabei beendet werden. Stattdessen gilt es, Energie aus erneuerbaren Quellen zu produzieren und lokale Energiequellen zu nutzen. Dabei sind neue Formen des innovativen Energiemanagementsystems zu entwickeln und damit die Erzeugung, die Bereitstellung, die Speicherung und der Austausch von Energie auf einer Gewerbefläche bedarfsgerecht umzusetzen. Ferner sollen Gewerbeflächen in Zukunft flexibler gestaltet werden, damit sie in Bezug auf die aktuelle und zukünftige Nutzung vielfältiger und leichter zugänglich für neue Nutzer werden. Ziel ist es dabei, dass Gewerbegebiete wettbewerbsfähiger und langlebiger werden sowie positive Auswirkungen auf die Umgebung im Zusammenspiel von wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Vielfalt ausstrahlen.

Koordinierende Stelle	Dezernat Planen und Bauen Stadt Bielefeld
Projektpartner	Die Stadt Bielefeld kooperiert im Rahmen des C2C-BIZZ-Projekts mit der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld mbH (WEGE mbH). Die Projektpartner innerhalb des INTERREG-IVB-Projekts sind: ▪ Samenwerkingsverband Regio Eindhoven (NL) ▪ Gemeente Venlo (NL) ▪ Lille Metropole (F) ▪ London Institute For Sustainability (UK) ▪ University of Wolverhampton (UK) ▪ Société de Développement pour Bruxelles (BE) ▪ Ministère du Développement (L) ▪ Centre de Recherche Public Henri Tudor (L) ▪ Ecoparc Windhof (L) ▪ Blue Gate Antwerpen (BE)
Finanzierungsart	Das Projekt läuft im Rahmen der INTERREG-IV B-Förderung mit einem Gesamtbudget von 8,9 Millionen Euro.
Projektzeitraum	Von 2011 bis 2014
Ansprechpartner	Olaf Lewald (C2C-BIZZ Projektmanager) Adresse: Stab Dezernat Planen und Bauen, EU-Kontakt Stadt Bielefeld, August-Bebel-Straße 92, 33602 Bielefeld Telefon: 0521/515312 E-Mail: olaf.lewald@bielefeld.de

3.4.2 *foodRegio* – Reststoffverwertung (Hansestadt Lübeck)

Das Projekt *foodRegio* ist eine Initiative von rund 50 norddeutschen Unternehmen und Einrichtungen der Ernährungswirtschaft. Initiiert wurde das Projekt im Rahmen des Clustermanagements der Wirtschaftsförderung Lübeck GmbH, hier ist auch die Geschäftsstelle von *foodRegio* angesiedelt. Das Ziel ist es, der Ernährungswirtschaft im Norden durch gemeinsame Projekte einen Mehrwert zu bieten.

Das Projekt *Reststoffverwertung* ist im *foodRegio*-Branchennetzwerk verankert. In vielen Prozessen der Lebensmittelindustrie auf der Basis nachwachsender Rohstoffe fallen Nebenprodukte oder Reststoffe an, die vordergründig keine extrahierbaren Stoffe mehr enthalten. Beispiele hierfür sind Rück- und Restbrot aus Bäckereien, Mandelschalen aus der Marzipanproduktion oder Fischreste aus der Fischverarbeitung. Diese Reststoffe werden bisher in der Regel als Futtermittel an die Landwirtschaft abgegeben. Durch zunehmende Absatzprobleme in der Landwirtschaft und damit verbundene Kostensteigerungen, z.B. durch weitere Transportwege, sowie zunehmende gesetzliche Reglementierung gestaltet sich diese Verwertungsschiene aber immer schwieriger.

Daher gilt es, neue Wege der Abfall- und Resteverwertung in der Lebensmittelindustrie zu generieren. Übergeordnetes Ziel des Projekts *Reststoffverwertung* war die Untersuchung, inwiefern zunächst eine weitere Reststoff-, Abfall- und Abwasserminderung erzielt werden kann, und darüber hinaus, inwieweit Bioethanol und Biogas zur Energiegewinnung aus heterogenen Reststoffen der regionalen Lebensmittelindustrie effizient gewonnen werden können.

Am Beispiel von fünf Reststoffen aus der regionalen Lebensmittelindustrie wurde eine gezielte energetische Nutzung (Biogas, Ethanol) der Hauptbestandteile durch enzymatische Hydrolyse und Fermentation entwickelt. Vom ursprünglichen Forschungsansatz zur energetischen Nutzung abweichend wurde anschließend eine alternativer Verwertung – mit einer höheren Wertschöpfung durch eine vorgeschaltete stoffliche Nutzung – der Reststoffe untersucht, wie zum Beispiel der Weiterverkauf von Mandelschalen an die Kosmetikindustrie.

Projektziel und Vorgehen:

- Analyse der firmenspezifischen Reststoffe (Inhaltsstoffe, Hemmstoff für Enzyme/Mikroorganismen);
- Extraktion möglicher Wertstoffe;
- Untersuchungen zur enzymatischen Hydrolyse der Reststoffe (fest/flüssig) zu Glucose/Aminosäuren/Fettsäuren;
- Erstellung von flüssigen Nährlösungen als C- und N-Quellen in einer Labor-, Biogas- oder Bio-raffinerieanlage zur optimalen energetischen Nutzung.

Die im Anschluss an die Analysen geführten Gespräche mit verschiedenen Anbietern von Biogasanlagen hatten leider zum Ergebnis, dass die Belieferung derselben mit Lebensmittelreststoffen oder gar der Bau einer Anlage aus wirtschaftlicher Sicht im Rahmen des Projektes derzeit nicht sinnvoll sind.

Es hat sich jedoch während des Projektverlaufes herausgestellt, dass ein Großteil der untersuchten Reststoffe Wertstoffe enthält, wie z.B. Antioxidantien, die sich durch eine vorgeschaltete stoffliche Nutzung gewinnbringend in der Lebensmittel- oder Kosmetikindustrie verwenden lassen. Eines der teilnehmenden Unternehmen setzt dies bereits erfolgreich um.

Koordinierende Stelle	Wirtschaftsförderung Lübeck GmbH
Projektpartner	▪ IHK Lübeck ▪ Unternehmen der Nahrungsmittelproduktion ▪ Hochschulen und Forschungseinrichtungen
Projektzeitraum	Von 2007 bis 2008
Ansprechpartner	Dr. Björn P. Jacobsen Adresse: Wirtschaftsförderung Lübeck GmbH, Falkenstraße 11, 23564 Lübeck Telefon: 0451/7065521 E-Mail: jacobsen@luebeck.org

3.4.3 Flächenentwicklungsmanagement COBRAMAN (Landeshauptstadt Stuttgart)

Europaweit spielt die Revitalisierung von Brachflächen eine wichtige Rolle bei den Bemühungen zur Eindämmung des Flächenverbrauchs. Daher fördert die Europäische Union Projekte, die sich mit dieser Thematik beschäftigen und damit ein nachhaltiges Flächenmanagement entwickeln. Die Komplexität des erforderlichen Zusammenspiels aller planerischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen der Flächenentwicklung im Innenbereich zeigt klar, dass ein professionelles Management – vorzugsweise auf Seiten der Kommune – gefordert ist, um sämtliche Aspekte der Flächenentwicklung sinnvoll zu integrieren. Die in der Regel langwierigen Prozesse der Flächenrevitalisierung im Innenbereich erfordern zudem die simultane Beteiligung vieler Fachdisziplinen sowie politischer Akteure und verschiedener Gruppen von Betroffenen.

Am 1. Dezember 2008 startete deshalb bei der Landeshauptstadt Stuttgart unter Federführung des Amtes für Liegenschaften und Wohnen das EU-geförderte Projekt *COBRAMAN*. Die Abkürzung steht für *Manager Coordinating Brownfield Redevelopment Activities* (übersetzt: Manager zur Koordinierung von Aktivitäten zur Flächenrevitalisierung). Neben Stuttgart beteiligten sich die projektleitende Stadt Bydgoszcz in Polen sowie weitere Städte und Institutionen in Polen, Tschechien, Slowenien und Italien. Das Projekt lief bis zum 31. August 2012.

Ziel des Projekts war die Entwicklung eines Management-Konzepts für die Flächenrevitalisierung, welches europaweit von allen mit der Innenentwicklung befassten Berufsfeldern angewandt werden kann. Dazu nahmen vonseiten der Landeshauptstadt Stuttgart je ein Mitarbeiter aus dem Amt für Liegenschaften und Wohnen, dem Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung sowie dem Amt für Umweltschutz an transnationalen Workshops und Seminaren teil. Das dabei gesammelte Fachwissen wurde durch die neuen „Flächenentwicklungsmanager“ an ausgewählten Projektflächen in Form von Praxis-Beispielen in Stuttgart erprobt.

Dieses gewonnene Know-how führte – zusammen mit dem erstellten Flächenentwicklungs-Managementkonzept – zu einer vereinfachten und optimierten Herangehensweise bei der Wiedernutzung innerstädtischer Grundstücke und somit zu kürzeren Entscheidungswegen und Bearbeitungszeiten.

Nach Abschluss des Projekts wurde im Mai 2014 in Stuttgart eine kommunale Flächenentwicklungsmanagerin beim Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung, ergänzend zu den normalen Arbeitsstrukturen, installiert.

Koordinierende Stelle	Amt für Liegenschaften und Wohnen der Landeshauptstadt Stuttgart
Projektpartner	Intern: ▪ Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung der Landeshauptstadt Stuttgart ▪ Amt für Umweltschutz der Landeshauptstadt Stuttgart Extern: ▪ Städte und Institutionen aus Polen, Tschechien, Slowenien und Italien
Finanzierung	Etat der Landeshauptstadt Stuttgart für das Projekt: ca. 785.000 Euro (75 Prozent EFRE-Förderung und 25 % aus Haushaltsmitteln der Stadt) Gesamtetat aller Projektpartner ca. 3,6 Millionen Euro
Projektzeitraum	Von 2008 bis 2012
Ansprechpartner	Maren Gunzenhäußer (ehemals Amt für Liegenschaften und Wohnen der Landeshauptstadt Stuttgart) Adresse: Amt für Umweltschutz, Gaisburgstraße 4, 70182 Stuttgart Telefon: 0711/21688742 E-Mail: maren.gunzenhaeusser@stuttgart.de

3.5 Übergreifende Strategien

3.5.1 *initiative umwelt unternehmen* (Freie Hansestadt Bremen)

Nachhaltiges Wirtschaften wird in Bremen und Bremerhaven im Rahmen des Projekts *initiative umwelt unternehmen* gezielt durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen gefördert.

Der Ausgangspunkt ist die Annahme, dass jedes Unternehmen – unabhängig von Branche und Größe – durch betrieblichen Umweltschutz seine Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit steigern und zugleich die Umwelt- und Klimaschutzziele der Freien Hansestadt Bremen befördern kann. Das Ziel der *initiative umwelt unternehmen* ist dabei, die ansässigen Unternehmen mit passenden Instrumenten zu unterstützen. Hierzu zeigt die Initiative der Wirtschaft konkrete Optionen zu umweltorientiertem Handeln auf, bietet anschauliche Beratungsleistungen sowie Förderungen an und trägt durch die Vernetzung mit unternehmensnahen Partnern zur Stärkung von Strukturen und zur Ökologisierung der Wirtschaft bei.

Das Herzstück der *initiative umwelt unternehmen* ist die Umweltpartnerschaft. Dabei handelt es sich um ein Netzwerk, das derzeit 157 Unternehmen in Bremen und Bremerhaven umfasst, in denen mehr als 67.000 Menschen beschäftigt sind. Die Bandbreite der Unternehmen reicht dabei von Handwerksbetrieben über kleine und mittelständische Unternehmen bis hin zu international agierenden Großkonzernen. Voraussetzung für die Aufnahme in die Umweltpartnerschaft ist ein nachweisliches Umweltengagement seitens der Unternehmen. Das etablierte Unternehmensnetzwerk ist Motor für vielfältige Aktivitäten, die ein gemeinsames Ziel haben: die Umwelt- und Standortqualität nachhaltig zu verbessern. Das gelingt über einen intensiven Erfahrungs- und Informationsaustausch aller Beteiligten.

Abbildung 12 Festakt zehn Jahre *partnerschaft umwelt unternehmen* (Foto: iuu/wagner)



Folgende Kampagnen wurden in jüngster Zeit im Rahmen des Projekts initiiert und durchgeführt:

- die *aktion firmenfahrrad* motiviert Mitarbeiter dazu, kürzere Strecken zu Außenterminen mit dem Rad zurückzulegen. So schützen die „Aufsteiger“ nicht nur aktiv das Klima, sondern absolvieren auch ganz nebenbei ein persönliches Fitnessprogramm in der Arbeitszeit;
- die Kampagne *Orte der biologischen Vielfalt* zur Förderung der Biodiversität auf Unternehmensgeländen;
- der *Klimafonds*, in den Unternehmen für nicht vermeidbare CO₂-Emissionen einzahlen und damit Energieeffizienzmaßnahmen in sozialen und kulturellen gemeinnützigen Einrichtungen ermöglichen sowie Maßnahmen zur Renaturierung von Mooregebieten finanzieren;
- das *Unternehmen Corporate Social Responsibility (CSR)*, das die Aktivitäten rund um das Thema der nachhaltigen Unternehmensführung und der Unternehmensverantwortung der *initiative umwelt unternehmen* umfasst;
- die Auszeichnung zum *Klimaschutzbetrieb CO₂ – 20* (gesprochen: CO₂ minus 20), bei dem sich alle Unternehmen bewerben können, die ihren CO₂ Ausstoß in den vergangenen fünf Jahren durch Energieeffizienzmaßnahmen nachweislich um mehr als 20 Prozent reduziert haben;
- die Gemeinschaftsausstellung *Gesichter der Nachhaltigkeit*, in welcher Menschen aus 20 verschiedenen Firmen unterschiedlicher Branchen und Größen porträtiert wurden und aus ihrer ganz persönlichen Perspektive schilderten, aus welchen Gründen ihre Arbeit besonders sozialverträglich und umweltfreundlich ist (siehe Abb. 13)

Abbildung 13 Fotoausstellung: „*Gesichter der Nachhaltigkeit*“ (Foto: iuu/wagner)



Neben diesen Maßnahmen und Kampagnen, die im Wesentlichen auf das Vernetzen, Beraten und Initiieren nachhaltigen Wirtschaftens abzielen, umfasst die *initiative umwelt unternehmen* als Dachmarke zudem zwei Förderprogramme:

- Das Programm *Angewandte Umweltforschung* unterstützt innovative Wissenschaftsprojekte, die dazu beitragen, die Umwelt zu schützen und die Lebensqualität zu erhalten. Gleichzeitig geht es darum, Forschung zu stärken, die Impulse für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Bremen und der Region vermittelt;

- Mit dem Programm zur *Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken* werden gemeinsame Vorhaben von Wirtschaft und Wissenschaft zur Entwicklung, Konstruktion und Erprobung von innovativen Produkten, Verfahren und Dienstleistungen mit positiven Auswirkungen für die Umwelt unterstützt.

Koordinierende Stelle	Die <i>initiative umwelt unternehmen</i> ist eine Aktivität des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen, koordiniert von der RKW Bremen GmbH und der Agentur eco.
Projektpartner	Intern: ▪ Wirtschaftsförderung Bremen Extern: ▪ Handelskammer Bremen ▪ Industrie- und Handelskammer Bremerhaven ▪ Handwerkskammer Bremen ▪ Die gemeinnützige Klimaschutzagentur „energiekonsens“ ▪ Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung
Finanzierung	Die Finanzierung erfolgt aus Landesmitteln sowie aus dem EFRE – Europäischer Fonds für regionale Entwicklung.
Projektzeitraum	Von 2003 bis 2014
Ansprechpartner	Dr. Diana Wehlau Adresse: Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen, Ansgaritorstr. 2, 28195 Bremen Telefon: 0421/361-6058 E-Mail: diana.wehlau@umwelt.bremen.de

3.5.2 Nachhaltiges Celle (Stadt Celle)

Das Projekt *Nachhaltiges Celle* war zunächst ein Kooperationsprojekt zwischen der Stadt Celle und der Tourismus GmbH Celle, das mittlerweile von der Wirtschaftsförderung Celle alleine getragen und organisiert wird. Es beruht dabei auf Freiwilligkeit und Eigeninitiative der teilnehmenden Unternehmen und fördert die praxisnahe Verankerung des Prinzips der Nachhaltigkeit bezogen auf die Nutzung von Energie und Wasser, den Umgang mit Abfall sowie auf Mobilität und Einkauf. Aber auch die Kunden und die Mitarbeiter werden in den Fokus des nachhaltigen Wirtschaftens genommen.

Der Blick auf die Nachhaltigkeit heißt für die teilnehmenden Unternehmen vor allem, sich neben dem eigenen Kerngeschäft auch den gesellschaftlichen Anforderungen zu stellen. Hier ist eine Balance erforderlich, die für viele Unternehmer nicht selbstverständlich ist. Mit diesen Herausforderungen sehen sich gerade auch die kleinen und mittleren Unternehmen immer stärker konfrontiert.

Das Projekt *Nachhaltiges Celle* sieht vor, die unterschiedlichen Nachhaltigkeitskriterien durch eine Kombination aus gemeinsamen Aktivitäten der Projektbeteiligten in Form von Workshops und individuellen Umsetzungsschritten bei Analyse und Maßnahmenplanung in den beteiligten

Unternehmen zu realisieren. Hierzu werden wichtige Aspekte des nachhaltigen Wirtschaftens gemeinsam mit einem darauf spezialisierten Beratungsunternehmen erarbeitet. Ziel ist die Platzierung der Idee einer nachhaltigen Wirtschaftsweise in den Betrieben. Zudem möchte die Initiative den Gedanken der Nachhaltigkeit durch die verstärkte Etablierung in der Tourismusbranche – einer Kernwirtschaft Celles – auch an die Besucher herantragen und so ein positives Erkennungszeichen der Stadt schaffen.

In der ersten Phase der Initiative wird eine Workshop-Reihe mit Mitarbeitern der teilnehmenden Unternehmen zum Thema durchgeführt. Hierzu werden wichtige Nachhaltigkeitskriterien zusammengetragen sowie die Implementierung der Nachhaltigkeit in die Unternehmensorganisation besprochen. Als Grundstein gilt es, eine Unternehmensphilosophie als auch ein Unternehmensprogramm zu erstellen. Die Themen der Workshops sind „Nachhaltige Beschaffung“, „Umwelt und Energieeffizienz“ sowie „Soziales“.

Im Anschluss an die Werkstätten erfolgt in einer zweiten Phase eine Bestandsaufnahme und Beratung der Unternehmen durch die begleitende Beratungsfirma. Die Durchführung einer Makroanalyse in den Betrieben, eine Begehung sowie Interviews mit den Beschäftigten und eine Analyse der Kern-, Führungs- und Unterstützungsprozesse unter Nachhaltigkeitsaspekten sind wichtige Aspekte dieser Phase. Darüber hinaus werden konkrete Verbesserungsmaßnahmen in Form eines Umwelt- und Unternehmensprogramms erarbeitet.

Die dritte Phase des Projekts *Nachhaltiges Celle* umfasst die Erarbeitung von Standards der Nachhaltigkeit und die Auszeichnung der Teilnehmer durch eine unabhängige Kommission als „Partnerbetriebe Nachhaltiges Celle“. Für die Auszeichnung müssen insgesamt 35 Anforderungen inklusive dreier K.O.-Kriterien bewertet und erfüllt werden. Die Anforderungen zielen dabei auf die Bereiche Verantwortung der Unternehmensleitung, Beschaffung und Infrastruktur ab.

Bisher haben 22 Betriebe in zwei Staffeln am Projekt teilgenommen und wurden zertifiziert. Eine dritte Staffel ist geplant.

Koordinierende Stelle	Fachdienst Wirtschaftsförderung und Immobilien der Stadt Celle
Projektpartner	▪ Stadtwerke Celle ▪ Celler Badeland ▪ Stadt Celle – Grün- und Straßenbetrieb ▪ Celler Hotels, öffentliche Einrichtungen und Industriebetriebe
Finanzierung	Die Stadt Celle beteiligt sich finanziell an der Initiative. Weitere Finanzmittel kommen aus der Wirtschaft.
Projektzeitraum	Seit 2009
Ansprechpartner	Volker Holzberg Adresse: Wirtschaftsförderung Stadt Celle, Am Französischen Garten 1, 29221 Celle Telefon: 05141/12590 E-Mail: volker.holzberg@celle.de

3.5.3 Umweltstammtisch (Stadt Gladbeck)

Umweltschutz und Nachhaltiges Wirtschaften sind in vielen Betrieben aller Größenordnungen heute ein wichtiges Thema. Deshalb soll der Gedanken- und Erfahrungsaustausch der Gladbecker Firmen und Gewerbetreibenden in Sachen Nachhaltigkeit gefördert werden. Seit 1996 gibt es dafür den Gladbecker *Umweltstammtisch* für ansässige Unternehmen. In lockerer Atmosphäre werden Erfahrungen ausgetauscht, neue Entwicklungen vorgestellt oder auch alternative Lösungen bei anstehenden Umweltproblemen diskutiert. Hierbei sind nicht nur große, sondern auch mittlere und kleinere Unternehmen angesprochen. Diese etwa alle zwei Monate stattfindenden Treffen sind ein erfolgreiches Kooperationsmodell zwischen Vertretern der örtlichen Wirtschaft und der Stadtverwaltung. Die zu behandelnden Themen werden von den Mitgliedern des *Umweltstammtisches* selbst eingebracht.

Vielfach sind die Mitglieder des *Umweltstammtisches* selber kompetente Referenten, es können aber auch Vortragende aus anderen Institutionen gewonnen werden, die über ihre Erfahrungen berichten. Vertreter von Unternehmen sind genauso Gäste wie Vertreter von Behörden oder anderen Einrichtungen. Diese bewährte „Kompetenz-Mischung“ soll auch in Zukunft fortgesetzt werden. Nicht zu unterschätzen ist zudem, dass Kontakte auch über die Sitzungen hinaus vielfach gepflegt werden und man sich bei anstehenden Problemen oder Fragen direkt an Partner eines anderen Betriebes wenden kann, um gemeinsam auf schnellem Wege das Beste für den Betrieb und die Umwelt zu erreichen.

Abbildung 14 Treffen des Umweltstammtischs in Gladbeck 2014 (Foto: Stadt Gladbeck, Dr. Dieter Briesse)



Die folgenden Maßnahmen und Themen wurden u.a. in den letzten Jahren in den Sitzungen des *Umweltstammtischs* besprochen und diskutiert:

- Umweltmanagementsysteme;
- Verordnung zum Abfallgesetz;
- Umgang mit der Nachbarschaft;
- vorbeugender Brandschutz;
- Umgang mit Regenwasser/Regenwassernutzung;

- Entwässerungssatzung der Stadt Gladbeck;
- Einsatz von regenerativen Energien in Gewerbebetrieben;
- Umweltmedizin;
- Auswirkungen der EU-Chemikalienpolitik auf örtliche Betriebe;
- Zuständigkeiten im Umweltschutz;
- Auswirkungen der Energie-Einsparverordnung auf Betriebe;
- Bundesbodenschutzgesetz und die Auswirkungen auf Betriebe;
- Beratungsangebote der Energieagentur NRW und der Effizienzagentur NRW;
- Biostoff- und Baustellenverordnung.

Koordinierende Stelle	Referat für Umwelt und Altlasten der Stadt Gladbeck
Projektpartner	▪ Weitere Verwaltungsdienststellen der Stadt Gladbeck ▪ Kommunale Unternehmen ▪ Ortsansässige Unternehmen
Finanzierung	Keine Kosten
Projektzeitraum	Seit 1996
Ansprechpartner	Dr. Dieter Briesse Adresse: Referat für Umwelt und Altlasten Stadt Gladbeck, Willy-Brandt-Platz 2, 45964 Gladbeck Telefon: 02043/992610 E-Mail: dieter.briesse@stadt-gladbeck.de

3.5.4 Nachhaltiges Wirtschaften für kleine und mittlere Unternehmen (Stadt Heidelberg)

Eine nachhaltige Wirtschaftsweise ist für Unternehmen eine wichtige Voraussetzung, um Kosten zu reduzieren und gleichzeitig verantwortungsvoll mit Ressourcen und der Umwelt umzugehen. Das Projekt *Nachhaltiges Wirtschaften für kleine und mittlere Unternehmen* wurde im Juni 2001 als ein von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) finanziell gefördertes Modellprojekt begonnen. Das Umweltamt der Stadt Heidelberg koordiniert das Netzwerk und unterstützt so kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) mit zehn bis 200 Mitarbeitern dabei, ein Umweltmanagementsystem einzuführen. Dazu werden Betriebsabläufe untersucht, Optimierungspotenziale – insbesondere beim Energieverbrauch und der Abfallentsorgung – aufgezeigt und neue, ressourcen- und kostensparende Arbeitsweisen eingeführt. Gerade für KMU ist es aufgrund der oftmals geringen Personaldichte sehr schwer, diese Arbeit selbst zu leisten. Die Beteiligung am Netzwerk *Nachhaltiges Wirtschaften* hilft hier weiter.

Durch Unternehmensbegehungen und Workshops, geleitet durch professionelle Umwelt- und Energieberater, werden Einsparpotenziale sowie Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung durch eine ressourcensparende Arbeitsweise aufgezeigt. Darüber hinaus erhalten die teilnehmenden Betriebe Unterstützung in weiteren Bereichen wie „Personalführung“, „Umweltrecht“ oder „Soziales

Engagement“. So haben beispielsweise Projektteilnehmer benachteiligten Jugendlichen eine Ausbildung oder ein Praktikum in ihrem Betrieb ermöglicht.

Den Abschluss der Projektteilnahme bildet eine Festveranstaltung, bei der die erfolgreichen Teilnehmer vor Gästen aus Wirtschaft und Politik Prämierungsurkunden aus der Hand des Oberbürgermeisters der Stadt Heidelberg und eines Vertreters des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg erhalten. Das Umweltministerium Baden-Württemberg hat das Heidelberger Konzept übernommen und bietet es seit 2005 als Förderprogramm „ECOfit“ im ganzen Bundesland an. Am Heidelberger Kooperationsprojekt *Nachhaltiges Wirtschaften für kleine und mittlere Unternehmen* haben seit 2001 bereits über 120 Betriebe und Institutionen mit fast 9.000 Mitarbeitern erfolgreich teilgenommen.

Abbildung 15 Prämierung im Netzwerk Nachhaltiges Wirtschaften für KMU 2012 (Foto: Buck, Stadt Heidelberg)



Koordinierende Stelle	Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie der Stadt Heidelberg
Projektpartner	▪ Arqum – Gesellschaft für Arbeitssicherheit und Qualitätsmanagement ▪ Klimaschutz- und Energieberatungsagentur Heidelberg-Rhein-Neckar-Kreis gGmbH
Finanzierungsart	Die Kosten für Begehungen durch Arqum bekommen die Unternehmen, welche die KMU-Kriterien erfüllen, zu 50 Prozent durch die BAFA-Förderung finanziert. Die Stadt Heidelberg übernimmt die Workshop-Kosten (unter Mitfinanzierung über das Landesförderprogramm „ECOfit“). Die Kosten für den Energiecheck sowie für die Prämierungsveranstaltung werden von der Stadt Heidelberg komplett finanziert.
Projektzeitraum	Seit 2001

Ansprechpartner	Dr. Hans-Wolf Zirkwitz Adresse: Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie, Kornmarkt 1, 69117 Heidelberg Telefon: 06221/58-18000 E-Mail: umweltamt@heidelberg.de Dr. Raino Winkler Adresse: Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie, Kornmarkt 1, 69117 Heidelberg Telefon: 06221/58-18240 E-Mail: raino.winkler@heidelberg.de Abigail Berner Adresse: Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie, Kornmarkt 1, 69117 Heidelberg Telefon: 06221/58-45520 E-Mail: abigail.berner@heidelberg.de
------------------------	---

3.5.5 Münsters Allianz für Klimaschutz (Stadt Münster)

Über das Netzwerk *Münsters Allianz für Klimaschutz* sollen insbesondere Unternehmen in die aktive Klimaschutzarbeit eingebunden werden und eigene Projekte umsetzen, da die lokale Wirtschaft ein ganz wichtiger Akteur für den kommunalen Klimaschutz ist.

Die Initiative lebt dabei vom Engagement und der Teilnahme der Firmen und Organisationen in Münster. Aus diesem Grund formulieren auch die partizipierenden Unternehmen, welche Fragestellungen und Projekte behandelt werden sollen. Die Projekthemen werden in einem zweimal jährlich stattfindenden Erfahrungsaustausch (Planungssitzung) festgelegt, ihre Bearbeitung erfolgt u.a. in mehreren anschließenden Workshops und Vor-Ort-Terminen. Zusätzlich werden den Unternehmen Materialien zur Verfügung gestellt, die sie bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Energieeinsparung unterstützen sollen.

Die Stadt Münster fördert die ortsansässigen Unternehmen darüber hinaus mit einer Startberatung „Energieeffizienz“, in der Energieeinsparmöglichkeiten aufgezeigt werden. Zudem werden die Angebote zur Nutzung weiterer Förderprogramme geschildert.

Die Teilnehmer des Projekts (Betriebe aus Industrie, Handwerk, Handel, Dienstleistung etc.) verpflichten sich im Gegenzug dazu:

- aktiv an der Erreichung des Münster'schen Klimaschutzzieles mitzuwirken;
- in ihrem Verantwortungsbereich energiesparende und CO₂-reduzierende Maßnahmen zu ergreifen;
- eine betriebsinterne CO₂-Grobbilanz mit konkreten CO₂-Minderungszielen zu erstellen;
- sich an Entwicklung und Umsetzung mindestens eines CO₂-Reduktionsprojektes zu beteiligen.

Der Erfolg der Klimaallianz wird über die Selbstverpflichtung und die Netzwerkarbeit sichtbar und quantifizierbar. Die Teilnahme am Netzwerk lohnt sich für jeden Betrieb, denn durch den Erfahrungsaustausch mit anderen Betrieben und dem Know-how-Transfer durch die externe Beratung, lassen sich wirtschaftliche Vorteile mit der Umsetzung von Energiesparprojekten erzielen. Bisher konnten bereits über 100 Maßnahmen in den Betrieben umgesetzt werden. Dieses gute Ergebnis wird nun gemeinsam mit den Unternehmen in der Stadt vermarktet. Dadurch soll *Münsters Allianz für Klimaschutz* auch in der breiten Bevölkerung bekannt gemacht werden und andere Unternehmen zum Engagement im Klimaschutz motivieren.

Abbildung 16 Unternahmetreffen *Münsters Allianz für Klimaschutz* (Foto: Stadt Münster)



Koordinierende Stelle	Amt für Grünflächen und Umweltschutz der Stadt Münster
Projektpartner	Intern: ▪ Wirtschaftsförderung Stadt Münster Extern: ▪ Stadtwerke Münster GmbH ▪ Ca. 90 Unternehmen im Stadtgebiet
Finanzierungsart	Gesamt-Budget: ca. 55.000 Euro pro Jahr, davon 50 Prozent aus Mitteln der Stadt Münster und 50 Prozent aus der Förderung durch die Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums. Seit 2014 Komplettfinanzierung aus eigenen Mitteln, da keine Folgeförderung möglich.
Projektzeitraum	Seit 2011
Ansprechpartner	Achim Specht Adresse: Amt für Grünflächen und Umweltschutz, Albersloher Weg 33, 48127 Münster Telefon: 0251/4926760 E-Mail: spechtA@stadt-muenster.de

4. Tipps zum Weiterlesen

Veröffentlichungen des Deutschen Städtetages und des Deutschen Instituts für Urbanistik:

Grabow, Busso, Hollbach-Grömig, Beate, Gröpler, Nicolai, Rechenberg, Christoph (Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH) und Robert Gaßner (Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung) 2013: Band 3 Teilbericht „Nachhaltiges Wirtschaften in der Stadt 2030“ in: Szenarien für eine integrierte Nachhaltigkeitspolitik – am Beispiel: Die nachhaltige Stadt 2030, Umweltbundesamt (Hrsg.) 2013 Dessau-Roßlau. Online verfügbar unter: <http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/461/publikationen/4457.pdf>. [Abruf am 13.11.2014].

Der Teilbericht (Band 3) „Nachhaltiges Wirtschaften in der Stadt 2030“ wurde im Rahmen eines Forschungsvorhabens des Umweltbundesamtes mit dem Titel: Szenarien für eine integrierte Nachhaltigkeitspolitik – am Beispiel „Die nachhaltige Stadt 2030“ erarbeitet. Dieser Bericht hat verschiedene Ziele: 1) Das Thema und seinen Stellenwert in der aktuellen Nachhaltigkeitsdiskussion zu umreißen; 2) entsprechende Leitbilder und Visionen darzustellen; 3) den Bezug des Themas zur kommunalen Ebene herzustellen und insbesondere die Fragen zu beantworten, wo die Schnittstellen zur kommunalen Ebene liegen, wie handlungsfähig die Akteure auf der kommunalen Ebene sind und welche Rahmenbedingungen von Seiten des Bundes und der Länder, insbesondere des Umweltressorts, notwendig und hilfreich sind; 4) den Ist-Zustand im Themenfeld grob zu beschreiben und die Herausforderungen zu benennen; sowie 5) Wege und Perspektiven hin zur Umsetzung des „Nachhaltigen Wirtschaftens in der Stadt“ zu skizzieren.

Grabow, Busso, Meier, Josiane, Seidel-Schulze, Antje, Zwicker-Schwarm, Daniel, und Stefan Blümling 2011: Flächen ins Netz (FLITZ) – Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen durch E-Government, Berlin (Difu-Impulse 8/2011).

Grabow, Busso, Hollbach-Grömig, Beate, und Dietrich Henckel 1995: Weiche Standortfaktoren, Stuttgart (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 89).

Henckel, Dietrich, Eberling, Matthias, und Busso Grabow 1999: Zukunft der Arbeit in der Stadt, Stuttgart u.a. (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, 92).

Hollbach-Grömig, Beate und Daniel Zwicker-Schwarm 2014: Stadt Karlsruhe (2014): Unternehmensstandorte zukunftsfähig entwickeln. Flächenpotenziale gewinnen – nachhaltig bauen – Synergien nutzen, Berlin.

Hollbach-Grömig, Beate, Böhme, Christa, Blieffert, Hanna, und Holger Floeting (Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH) 2012: Programme des Bundes für die nachhaltige Stadtentwicklung und Soziale Stadt, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.), Berlin. Online verfügbar unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Online/2012/DL_ON032012.pdf;jsessionid=0FCB1246431DF5FFD4F7C605A72FAC72.live2053?__blob=publicationFile&v=2. [Abruf am 08.12.2014].

Hollbach-Grömig, Beate und Holger Floeting (Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH) 2009: Der Beitrag des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklung. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.), Berlin Online verfügbar unter http://www.bbsr.bund.de/cIn_016/nn_21944/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2009/ON352009.html. [Abruf am 27.10.2014].

Hollbach-Grömig, Beate und Holger Floeting 2008: Kommunale Wirtschaftsförderung 2008: Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven, Berlin (Difu-Paper).

Hollbach-Grömig, Beate 1999: Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik – ein neues kommunales Handlungsfeld, Berlin (Difu Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 29).

Hollbach-Grömig, Beate und Jens Libbe 1999: Nachhaltiges Wirtschaften in Kommunen, in: Heinrich Mäding (Hrsg.), Zwischen Überforderung und Selbstbehauptung – Städte unter dem Primat der Ökonomie, Berlin (Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 27).

Deutscher Städtetag 2014: Positionspapier Klimaschutz und Energiepolitik aktiv gestalten, Köln.

Deutscher Städtetag 2012: Positionspapier Anpassung an den Klimawandel – Empfehlungen und Maßnahmen der Städte, Köln.

Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (Hrsg.) 2014: Praktische Ansätze für Kommunen zur Förderung einer klimafreundlichen Beschaffung, Köln.

Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz (Hrsg.) 2012: Praktische Ansätze der Kommunen zur Förderung nachhaltigen Wirtschaftens, Köln.

Weitere Veröffentlichungen:

Albers, Hans-Hermann, 2011: Corporate Urban Responsibility. Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen in der Stadtentwicklung, Frankfurt/New York.

Büttner, Hannah, Kneipp, Danuta und Dominik Zahrt 2011: Kommunen gehen voran – gehen Sie mit! Ein argumentativer Kompass für kommunale Nachhaltigkeit“, Berlin/München, http://www.netzwerk21kongress.de/papers/uba_vine_leitfaden_kommunale_nachhaltigkeit_2011.pdf. [Abruf am 27.10.2014].

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Umweltbundesamt (UBA)(Hrsg.) 2011: UAG – Umweltauditgesetz. Online verfügbar unter: http://www.bmu.de/wirtschaft_und_umwelt/doc/2384.php. [Abruf am 27.10.2014].
- Bundesregierung (Hrsg.) 2012: Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Fortschrittsbericht 2012, Berlin.
- Bundesregierung (Hrsg.) 2001: Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategien für eine nachhaltige Entwicklung, Berlin.
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) Februar 2011: Stellungnahme zum Konzept des Rats für Nachhaltige Entwicklung: „Auf dem Weg zu einem Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) – ein Finanzmarktinstrument zur Bewertung der Unternehmensperformance“, Berlin.
- Europäische Kommission 2011: Mitteilung Ressourcenschonendes Europa – eine Leitinitiative innerhalb der Strategie Europa 2020, KOM(2011) 21, endgültig, Brüssel.
- Europäische Kommission 2011a: Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050. KOM (2011) 112 endgültig, Brüssel.
- Europäische Kommission 2011b: Energiefahrplan 2050: ein sicherer, wettbewerbsfähiger und CO₂-armer Energiesektor ist möglich. Online verfügbar unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1543&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>. [Abruf am 27.10.2014].
- Europäische Kommission 2010: Mitteilung der Kommission Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum KOM (2010) 2020 endgültig, Brüssel.
- Gabler Verlag (Hrsg.): Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Greenwashing. Online verfügbar unter: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/9119/greenwashing-v6.html>. [Abruf am 27.10.2014].
- Global Reporting Initiative (GRI) (Hrsg.) 2006: Leitfaden zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, V 3.0. Online verfügbar unter: <https://www.globalreporting.org/resource/library/German-G3-Reporting-Guidelines.pdf>. [Abruf am 27.10.2014].
- Hahne, Ulf (Hrsg.), 2010: Globale Krise – Regionale Nachhaltigkeit. Handlungsoptionen zukunftsorientierter Stadt- und Regionalentwicklung, Detmold.
- Hauff, Michael von und Tarkan Bülent 2009: Relevanz intergenerationelle Gerechtigkeit für die kommunale Finanzpolitik, in: von Hauff/Tarkan (Hrsg.): Nachhaltige kommunale Finanzpolitik für eine intergenerationelle Gerechtigkeit, Baden-Baden, S. 15-29.
- Hauff, Michael von und Veronika Wolf 2009: Vom Zero Emission Park zum nachhaltigen Industrie/Gewerbegebiet, in: von Hauff/Tarkan (Hrsg.): Nachhaltige kommunale Finanzpolitik für eine intergenerationelle Gerechtigkeit, Baden-Baden, S. 193-211.
- Hirschl, Bernd, Aretz, Astrid, Prah, Andreas und Timo Böther 2010: Kommunale Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien; Kurzfassung des Abschlussberichts (Management Summary); Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in Kooperation mit dem Zentrum für Erneuerbare Energien (ZEE) im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE), Berlin.
- Huber, Josef 2000: Industrielle Ökologie: Konsistenz, Effizienz und Suffizienz in zyklusanalytischer Betrachtung, in: Kreibich, Rolf, und Udo E. Simonis (Hrsg.): Global Change – Globaler Wandel. Ursachenkomplexe und Lösungsansätze, Berlin.
- Institut für angewandtes Stoffstrommanagement IfaS (Hrsg.) 2008: Neue Wege in eine nachhaltige Industriegesellschaft. Null-Emissions-Netzwerk, Birkenfeld.
- Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (Hrsg.) 2012: „Rio+20 vor Ort“. Kommunen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit, Beispiele aus Deutschland, o.O.
- Interact Projektleitung; Hooge, Corinne, 2005: Kooperative Stadtentwicklung: Das Interact Handbuch. Anders denken – anders handeln, München.
- InWEnt gGmbH – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (Hrsg.) 2005: Es geht! Kommunalnachhaltig handeln. Tipps und Ideen, Bonn (Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle, H. 11, basierend auf der Difu-Studie „Handlungsspielräume der deutschen Kommunen für Eine-Welt-Aktivitäten“).
- Jakubowski, Peter, und Annika Koch 2009: Stärkung der lokalen Ökonomie – eine stadtentwicklungspolitische Aufgabe, in: Informationen zur Raumentwicklung, Nr. 3/4, S. 241-253.
- Jonuschat, Helga, u.a. 2009: Wege zum Erfolg – Wie der Transfer von lokalen Nachhaltigkeitsprojekten gelingt, Berlin. Online verfügbar unter: http://www.izt.de/fileadmin/downloads/pdf/Projekttransfer_Endversion.pdf. [Abruf am 28.10.2014].
- Kanning, Helga, 2005: Brücken zwischen Ökologie und Ökonomie, München.
- Kayser, Peter, Preusse, Faye, Riedel, Jörg und Barbara Umbreit 2008: Ethnische Ökonomie als Chance der Standortentwicklung. Untersuchung zu den regionalen Potenzialen der ethnischen Ökonomie im Bezirk Mitte von Berlin. Durchführbarkeitsstudie, Berlin.

- Läpple, Dieter, 2005: Lokale Ökonomie, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumplanung, Hannover, S. 616-619.
- Meyer, Bernd, 2008: Wie muss die Wirtschaft umgebaut werden. Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung, Bonn.
- NAThüringen o.J.: Nachhaltigkeitsabkommen Thüringen. Online verfügbar unter: [http://www.nachhaltigkeitsabkommen.de/vwt/cms_de.nsf/%28\\$UNID%29/D66F20CB64334B49C1257664003892C3?OpenDocument](http://www.nachhaltigkeitsabkommen.de/vwt/cms_de.nsf/%28$UNID%29/D66F20CB64334B49C1257664003892C3?OpenDocument). [Abruf am 28.10.2014].
- Nolting, Katrin, u.a. 2008: Kooperieren – aber wie? Ein Leitfaden zum Aufbau von Kooperationsbeziehungen zwischen Lokalen-Agenda-21-Initiativen und Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft, Berlin, http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/koop_leitfaden.pdf. [Abruf am 28.10.2014].
- Pauli, Günter, 2009: The Blue Economy: 10 Years, 100 Innovations, 100 Million Jobs, Report to the Club of Rome, Wien.
- Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) (Hrsg.) 2011: Städte für ein nachhaltiges Deutschland. Gemeinsam mit Bund und Ländern für eine zukunftsfähige Entwicklung, texte Nr. 36, Juni 2011 (erarbeitet vom Deutschen Institut für Urbanistik auf Veranlassung der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister des Dialogs „Nachhaltige Stadt“). Online verfügbar unter: http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere_Staedte_fuer_ein_nachhaltiges_Deutschland_texte_Nr_36_Juni_2011.pdf. [Abruf am 27.10.2014].
- Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) (Hrsg.) 2006: Unternehmerische Verantwortung in einer globalisierten Welt – Ein deutsches Profil der Corporate Social Responsibility. Empfehlungen des Rates für nachhaltige Entwicklung, texte Nr. 17. Online verfügbar unter: http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere_CSR-Empfehlungen.pdf. [Abruf am 27.10.2014].
- Reutter, Oscar (Hrsg.), 2007a: Ressourceneffizienz – Der neue Reichtum der Städte. Impulse für eine zukunftsfähige Kommune, München.
- Reutter, Oscar, 2007b: Kommunale Förderung des ressourceneffizienten Wirtschaftens, in: Ressourceneffizienz – Der neue Reichtum der Städte. Impulse für eine zukunftsfähige Kommune, München, S. 69-85.
- Rogall, Holger, 2004: Akteure der Nachhaltigkeit: Warum es so langsam vorangeht, in: Natur und Kultur – Transdisziplinäre Zeitschrift für ökologische Nachhaltigkeit, Jg. 5, H. 1.
- Rogg, Walter und Matthias Lutz 2007: Beitrag der Wirtschaftsförderung zwischen Standortmarketing und Flächenmanagement, in: Die Gemeinde: Gemeindetag Baden-Württemberg, 130 (2007), Nr. 6, Stuttgart, S. 204-207.
- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina, Floeting, Holger und Bettina Reimann 2005: Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab, Berlin.
- Schwalbach, J., Schwenk, A. und D. Smuda 2006: Stadttrendite – der Wert eines Unternehmens für die Stadt, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Verbandszeitschrift des vhw, H. 6, S. 381-386.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (SenStadt) 2003: Ökoprotit Berlin – Umweltschutz zahlt sich für Berliner Betriebe aus. Online verfügbar unter: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/pressebox/archiv_volltext.shtml?arch_0305/nachricht1276.html. [Abruf am 27. 10.2014].
- Siemens AG (Hrsg.) 2009: Sustainable Urban Infrastructure. Ausgabe München – Wege in eine CO₂-freie Zukunft (basierend auf Forschungsergebnissen des beauftragten Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie gGmbH), München.
- Umweltbundesamt (Hrsg.) o.J.: EcoAP & ETAP. Online verfügbar unter: <http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/industrie/anlagen/ecoap/?zg=schulenpage%3D5>. [Abruf am 27.10.2014].
- Umweltbundesamt/Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 2012: Green Economy – gesellschaftliche Kräfte bündeln für Nachhaltigkeit. Diskussionspapier vom 8. Mai 2012, Dessau/Berlin
- Umweltbundesamt/Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) 2008: Instrumente zur Förderung von Umweltinnovationen. Bestandsaufnahme, Bewertung und Defizitanalyse, Dessau/Berlin.
- Umweltbundesamt/Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) 2007: Umweltpolitische Innovations- und Wachstumsmärkte aus Sicht der Unternehmen, Dessau/Berlin.
- Walz, Rainer, u.a 2001: Arbeitswelt in einer nachhaltigen Wirtschaft. Analyse von Umweltschutzstrategien auf Wirtschaft und Arbeitsstrukturen, Umweltbundesamt (Hrsg.), Texte 44/01, Berlin.

